

70 Jahre · 22. April

Dokumentarische Aufarbeitung zu den Geschehnissen des 22. April 1945 im Großraum Cottbus.
Cottbus war in allen Bereichen Teil der Vernichtungsmaschinerie des 3. Reiches. Vorgestellt werden die Kriegsindustrie der Stadt, die Täter und Opfer des 3. Reiches, aber auch der Widerstand.

Cottbus befreit!

Täter, Opfer, Widerstand im 3. Reich

8. MAI 1945
TAG DER BEFREIUNG
СПАСИБО!
70

Cottbus befreit!
Täter, Opfer, Widerstand im 3. Reich

von Daniel Häfner und Bernd Müller

Inhaltsverzeichnis

1 // Einleitung
2 // 15. Februar 1945 – der Bombenkrieg kehrt zurück
3 // April 1945 – die Befreiung der Lausitz

Kriegsproduktion
7 // Kettenfahrzeuge für die Front – die Mechanischen Werke Cottbus
8 // Flugplatz und Flugzeugproduktion – die Focke-Wulf-Werke in Cottbus

Täter
9 // Die Täter
12 // „Unternehmen Cottbus“ – ein Kriegsverbrechen

Opfer
13 // Inhaftiert im Frauenzuchthaus Cottbus: Frauen im Widerstand (Herta Venther)
15 // „Jüdisches“ Leben und Sterben
17 // Gedanken zum Jahrestag der Befreiung aus sorbischer/wendischer Sicht (Peter Schurmann)
19 // Zwangsarbeiter

Widerstand
21 // Widerstand in und aus Cottbus

25 // Anmerkungen, Quellen & Impressum

Einleitung

Die Bombardierung des Bahnhofs am 15. Februar 1945 wird häufig als Ereignis dargestellt, das quasi wie eine Naturkatastrophe über Cottbus kam – und ohne Grund. Doch Cottbus war Teil des Systems des Nationalsozialismus und des totalen Krieges. In Cottbus wurden Kriegsgüter in großen Mengen produziert: tausende Panzerkettenfahrzeuge und tausende Flugzeuge, darunter auch Bomber. Und der Bahnhof wurde immer wichtiger als Verkehrsknotenpunkt zur herannahenden Front.

In der folgenden Broschüre wollen wir ein Schlaglicht auf verschiedene Bereiche des Lebens in Cottbus werfen und deutlich machen, dass es im System des 3. Reichs kein „ruhiges Hinterland" gab. Überall finden sich Täter, Opfer und Widerstand. Cottbus ragt dabei nicht heraus. Es zeigt die Normalität der Menschenverachtung des Systems, gerade auch als Rädchen in einer Maschinerie, die ganz Europa überrollen wollte – militärisch und ideologisch.

Die regionale Besonderheit in der Lausitz stellt der Umgang mit den Sorben/Wenden dar. Diese sollten entweder germanisiert werden oder als führerloses Arbeitsvolk in den neuen „Ostgebieten" dienen – nach dem gewonnenen Krieg. Insofern war das Ende des Krieges insbesondere eine Befreiung auch der Sorben/Wenden – die bis heute andauert.

Auch am Beispiel von Erna Stahl, die im Frauenzuchthaus in Cottbus inhaftiert wurde, wird der Moment der Befreiung deutlich: sie hatte ihre Schüler mit Autoren wie Hugo von Hofmannsthal und Thomas Mann bekannt gemacht und gehörte zu weiteren Umfeld der Weißen Rose in Hamburg. Vor der herannahenden Front wurde sie nach Bayreuth gebracht und dort am 14. April 1945 befreit. Noch am 17. April fand in Hamburg der Prozess gegen sie statt: es drohte die Todesstrafe.

Auch wenn die Befreiung zu Freiheit und Gleichheit bis heute nicht voll verwirklicht ist, machen diese Beispiele in Bezug auf das Kriegsende doch deutlich: Befreiung – was sonst.



Die Befreiung von Häftlingen in einem Außenlager des KZ Dachau am 30. April

Überblick über die Broschüre

In dieser Broschüre wollen wir zunächst die Ereignisse des 15. Februars, also des Bombenangriffs auf den Cottbuser Bahnhof, darstellen und dann auf die wichtigsten Tage der Befreiung der Lausitz bis zum 22. April eingehen. Dass in Cottbus nicht nur Textilien und Schokoladen hergestellt wurden wollen wir im darauf folgenden Kapitel darstellen. In den Mechanischen Werkstätten Cottbus, die fast in Vergessenheit gerieten wurden tausende Fahrzeuge für den Fronteinsatz hergestellt und in den Focke-Wulf-Werken wurden hunderte Flugzeuge endmontiert. Darunter auch die legendäre Fw 200 „Condor" – eigentlich ein Passagierflugzeug, dass aber im Krieg als Aufklärungs- und Transportflugzeug genutzt wurde. Und gerade dieses Flugzeug wurde auch zur Bombardierung von Schiffen im Atlantik eingesetzt, weshalb Churchill es als „Geißel des Atlantik" bezeichnete.

Die Industrie war aber auch auf anderen Ebenen tief in die Kriegsindustrie verstrickt – der Cottbuser Textilunternehmer und IHK-Präsident Hans Kehrl war in den letzten Kriegsjahren zur rechten Hand Albert Speers aufgestiegen. Über ihn wird im Teil „Täter" dieser Broschüre berichtet. Und dort sind auch andere zu finden, wie bspw. der Gaueiter Michael Kube, der erst wegen Korruption abgesetzt wurde, als Generalkommissar in Weißrußland ab 1941 dann aber an der Ermordung zehntausender Zivilisten beteiligt war. In diesem Teil wird auch kurz auf die „Aktion Cottbus" in Weißrußland eingegangen, bei der im Rahmen angeblicher Partisanenbekämpfung tausende Zivilisten ermordet wurden. Wie die Operation zu diesem Namen kam war nicht zu recherchieren. Klar ist aber, dass die SS-Einheit Dirlewanger, die u.a. dort und beim Warschauer Aufstand zahlreiche Kriegsverbrechen beging und zehntausende Zivilisten tötete zuletzt bei Guben eingesetzt war. Befehlshaber der Einheit in Warschau war Heinz Reinefarth, der eine Anwaltskanzlei in Cottbus hatte.

Im Bereich der Opfer stellen wir zunächst das Frauengefängnis in Cottbus vor, hier waren viele politische Widerstandskämpferinnen inhaftiert. Von den wirklichen oder angeblichen jüdischen Mitbürgern konnten viele in das Ausland fliehen. Wer aber zu arm war oder keine Kontakte hatte, oder beides, wurde diskriminiert, in sogenannten Judenhäusern zusammengepfercht und dann später deportiert und ermordet. Darüber hinaus berichten wir über den Umgang mit den Sorben/Wenden und den Zwangsarbeitern in der Region.

Die Broschüre schließt mit verschiedenen Beispielen aus den Widerstand und mahnt: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Ergänzung

Für eine vertiefende Lektüre empfehlen wir folgende Literatur, wobei der SPIEGEL-Artikel auch online verfügbar ist:

Mettke, Jörg (1985): 1945: Absturz ins Bodenlose. SPIEGEL-Redakteur Jörg R. Mettke über Kapitulation und Besatzung (V): Cottbus, DER SPIEGEL 19/1985, 05.05.1985, S. 152 - 173.

Petzold, Heinz (2005): Als für Cottbus der 2. Weltkrieg endete, Regia-Verlag, Cottbus (6 Euro).

Pilop, Max (1990): Die Befreiung der Lausitz. Militärhistorischer Abriß der Kämpfe im Jahre 1945, 3. Auflage, Domowina-Verlag, Bautzen

15. Februar 1945 – Der Bombenkrieg kehrt zurück

„Wir werden ihre Städte ausradieren!“ verkündete Hitler am 4. September 1940 nachdem 100 englische Flugzeuge Berlin als Vergeltungsschlag für einen Angriff auf London bombardierten. „Wir werden ihre Städte ausradieren!“ – diese 5 Worte beschreiben die Vorgeschichte des Luftkrieges und der Bombenangriffe in Nazideutschland treffend. Allein von September bis Dezember 1940 wurden in London 14.000 Menschen durch Bombenangriffe getötet und 250.000 Menschen verloren ihre Wohnung.

Die Feindnachrichtenabteilung riet der Luftwaffe aber auch besonders zur Bombardierung von Coventry, denn dort würde „die Wirkung auf die Industrie noch dadurch besonders gesteigert, weil die unmittelbar in Werksnähe wohnende Arbeiterschaft stark in Mitleidenschaft gezogen wird. Infolge der leichten Bauweise von Fabrik- und Wohngebäuden unter enger Zusammendrängung des bebauten Raumes ist hier eine besonders starke Wirkung bei Brandbombeneinsatz zu erwarten“. Zeitungen bezeichneten den verheerenden Bombenangriff als englisches Guernica – eine baskische Stadt, die bereits im April 1937 durch die Deutsche Luftwaffe zerstört wurde, um General Franko im Spanischen Bürgerkrieg zu unterstützen. Aufgrund des hohen Zerstörungsgrades wurde der Begriff „Coventrieren“ für die völlige Zerstörung von Städten verwendet, den der Propagandaminister Joseph Goebbels erfunden haben soll.

Mit dem Kriegseintritt der USA im Jahr 1942 wendete sich das Blatt und auf der Casablanca-Konferenz einigten sich die Alliierten darauf, eine kombinierte Bomberoffensive durchzuführen – die Briten würden fortan nachts und die Amerikaner tagsüber angreifen.

Im April und Mai 1944 flogen die amerikanischen Luftstreitkräfte erste Angriffe auf den Cottbuser Flughafen. Beim ersten Angriff verfehlten sie den getarnten Flugplatz aber noch und bombardierten ein Postlager. Beim zweiten Angriff trafen sie zahlreiche Produktionshallen der Focke-Wulf-Werke und zerstörten rund 50 Flugzeuge.

Der Angriff auf den Cottbuser Bahnhof

Der Cottbuser Bahnhof war zunächst ein Umsteige-, Güter- und Verladebahnhof für Züge von und nach Berlin, Leipzig, Dresden, Frankfurt/Oder, Guben und Forst. Darüber hinaus stellte er aber auch einen Eisenbahnknotenpunkt für Transporte aus den Industriegebieten in Schlesien und Sachsen dar. Im südlichen Umfeld des Bahnhofes war zahlreiche Leichtindustrie angesiedelt. Besondere Bedeutung hatten auch die Reichsbahn-Reparaturwerke (Railway Repair Shops).

Noch im August 1944 führten die Listen des Bomber-Command den Bahnhof aber nicht als Ziel, weil die Bedeutung zunächst als vergleichsweise gering angesehen wurde. Dies änderte sich jedoch mit dem Herannahen der Front von Osten. Denn die deutsche Wehrmacht versuchte nun schnellstmöglich Verteidigungsstellungen entlang der Oder/Neiße zu errichten, was zu verstärkten Truppenbewegungen über den Bahnhof führte.

Am 08. Februar 1945 verfügte das britische Luftfahrtministerium mit dem Befehl 207, dass der Bahnhof und die „Railway Repair Shops“ nun als Angriffsziel geführt wurden. In den darauf folgenden Tagen führte die britische Luftaufklärung weitere Beobachtungsflüge über der Stadt durch und bestätigte die „verkehrsmäßige Bedeutung für den Aufmarsch faschistischer Truppen.“

Am Morgen des 15. Februar sammelten sich amerikanische Flugzeuge über der Nordsee um in einer „Offensive gegen das Öl“ Produktionsanlagen, z.B. von Flugbenzin, anzugreifen. Ziel waren die Hydrierwerke bei Magdeburg, Böhlen und Ruhland, in denen aus Braunkohle Kraftstoffe gewonnen wurden. Doch das Hydrierwerk Ruhland-Schwarzheide konnte wegen einer dichten Wolkendecke nicht angeflogen werden und so drehten die Bomber auf den Cottbuser Bahnhof ab – das Ausweichziel. BBC London warnte bereits am Morgen die Stadt zu verlassen – wurde allerdings kaum gehört, weil das Hören von Feindsendern unter Strafe stand. In der Stadt gab es um 10.00 Uhr und 11.05 Uhr Voralarm und um 11.35 Uhr Fliegeralarm.

Rund 450 Flugzeuge vom Typ „B-17“ näherten sich Cottbus von Süden in rund 7.000 bis 8.000 Metern Höhe. Da die Sicht auch hier behindert war, gingen die sogenannten Masterflugzeuge auf das Radarzielen über, visierten das Ziel zu kurz an – und verfehlten den Bahnhof. Ihre Bomben detonierten überwiegend südlich des Bahnhofs und leiteten den kommenden Angriff somit fehl.



B 17 in Formation über Nazideutschland bei einem Angriff

Der Angriff begann um 11.51 Uhr und mehr als 1.000 Tonnen Bomben wurden abgeworfen. Die Spreng- und Brandbomben fielen überwiegend am Bahnhof, sowie in den südlichen und östlichen Gebieten davon. Um 12.08 Uhr traf eine Bombe einen Munitionszug im Bahnhof. Eine gewaltige Detonation zerstört viele Züge und Gebäude, die Splitter flogen hunderte Meter weit und töten auch viele Verletzte in Sanitätszügen auf dem Bahnhof. Um 12.25 Uhr war der Angriff beendet, doch noch Stunden später detonierte Blindgänger und Teile der Munition des Zuges.
Die schwersten Zerstörungen konzentrierten sich auf die Südstadt,

April 1945 – Die Befreiung der Lausitz

hier wurden zahlreiche Wohnhäuser und 14 Betriebe zerstört oder beschädigt. Getroffen wurden Teile des Klinikums und des Gefängnisses – die Lutherkirche wurde zerstört.



Die Zahl der Opfer des Angriffes wurde mit rund 1.000 angegeben, darunter befanden sich auch ein Chirurg und 9 Krankenschwestern sowie 39 Inhaftierte des Frauengefängnisses. Mehr als 2.500 Menschen waren verwundet worden. Rund 3.600 Wohnungen in Cottbus wurden zerstört oder beschädigt (ca. 20%) – 13.000 Menschen wurden obdachlos. Die Aufräumarbeiten wurden überwiegend von hunderten Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen durchgeführt.

Noch am 17. März 1945 wurde der Flughafen bei Cottbus erneut bombardiert und ab dann überahmen die sowjetischen Flieger die Lufthoheit – die Front näherte sich von Osten und stand bereits an der Neiße. Häufig waren nun sowjetische Jagflugzeuge am Himmel zu sehen. Am 16. April wurde der Bahnhof erneut zwei Mal bombardiert – die letzte sowjetische Offensive hatte begonnen.Die Bombardierung des Bahnhofs am 15. Februar 1945 wird häufig als Ereignis dargestellt, das quasi wie eine Naturkatastrophe über Cottbus kam – und ohne Grund. Doch Cottbus war Teil des Systems des Nazinationalsozialismus und des totalen Krieges. In Cottbus wurden Kriegsgüter in großen Mengen produziert: tausende Panzerkettenfahrzeuge und tausende Flugzeuge, darunter auch Bomber. Und der Bahnhof wurde immer wichtiger als Verkehrsknotenpunkt zur herannahenden Front.

Quellen:

Viele der Informationen und weitere Augenzeugenberichte zum Angriff auf den Cottbuser Bahnhof gibt es bei: Petzold, Heinz (2005): Als für Cottbus der 2. Weltkrieg endete, Regia-Verlag, Cottbus (6 Euro).

Bereits seit den Schlachten um Stalingrad und am Kursker Bogen im Jahr 1943 befand sich das deutsche Militär an der Ostfront überwiegend in der Defensive. Im Westen hatten die alliierten Streitkräfte den Rhein im Februar 1945 überschritten und Mitte April kapitulierten die deutschen Einheiten im Ruhrgebiet. Die Alliierten fürchteten das Entstehen einer „Alpenfestung“, in der deutsche Einheiten noch Jahre operieren könnten – die sich jedoch als reine Propaganda herausstellte. Im Südosten befreiten die 2. und 3. Ukrainische Front zunächst Ungarn und eroberten dann Wien.

Langsam und unregelmäßig näherte sich die Front auch von Osten und Mitte März erreichten die sowjetischen Truppen der 1. Ukrainischen Front die Neiße, konnten diese aber nicht sofort überwinden. Die deutsche Wehrmacht erwartete eine sowjetische Offensive und wollte diese in „Ermüdungsschlachten“ abbremsen – wie es den eigenen Truppen vor Moskau erging. Deshalb errichtete sie mit Hilfe des Volkssturms eine tief gestaffelte Verteidigungslinie an Oder und Neiße. Diese reichte weit ins Hinterland und wurde dort als „Mathilde Linie“ bezeichnet. Die erste Verteidigungslinie in der Lausitz lag an der Neiße, die zweite am Tranitz-Fließ und die dritte folgte in etwa dem Verlauf der Spree.

Die sogenannte „Berliner Operation“ – die Überschreitung von Oder und Neiße mit dem Ziel der Eroberung Berlins – wurde durch die Rote Armee intensiv vorbereitet. So standen bspw. insgesamt mehr als 7.000.000 Artilleriegeschosse für 22.000 Geschütze zur Verfügung und an den Hauptstellen des Kampfes waren durchschnittlich 270 Geschütze pro Kilometer aufgestellt. Die sowjetischen Truppen hatten ab dem 14. April mehrere „gewaltsame Aufklärungsmissionen“ durchgeführt mit denen sie die Lage der deutschen Stellungen erkundeten und den Gegner zwangen, seine Reserven an den Verteidigungslinien einzusetzen.
Am 16. April begann der massive Angriff der Roten Armee an Oder und Neiße. In der Lausitz gelang ihr zwischen Muskau und Forst ein schneller Durchbruch auf rund 35 Kilometern Breite und 30 Kilometern Tiefe. Bereits in der Nacht zum 18. April hatten die ersten sowjetischen Panzer die Spree rund 15 Kilometer südlich von Cottbus überschritten. Die deutschen Truppen hatten bereits alle verfügbaren Reserven an den Verteidigungslinien eingesetzt und waren nicht in der Lage, die sowjetischen Truppen aufzuhalten. Marschall Konew fasste die Situation wie folgt zusammen: „Was jetzt noch zu tun blieb, bildete für unsere gereifte, von Angriffsgeist beseelte Armee, die fest entschlossen war, ein für alle Mal mit dem Faschismus Schluss zu machen, keine unüberwindliche Schwierigkeit mehr.“



Ein T 34-Panzer überschreitet die Spree am 18. April südlich von Cottbus

Auf ihrem Weg befreite die Rote Armee in der Lausitz auch zahlreiche Häftlinge und Kriegsgefangene, die in Kolonnen von der SS nach Westen gebracht werden sollten. Vielerorts wurden diese Kolonnen von Vorraustruppenteilen der roten Armee überrollt, z.B. wurden in der Oberlausitz sowjetische und polnische Kriegsgefangene bei Naußlitz befreit und KZ-Häftlinge bei Deutschbaselitz (beides bei Kamenz). Ebenso befreiten polnische Truppen das KZ Wiesengrund bei Niesky, in dem sich russische, polnische, tschechoslowakische und belgische Häftlinge befanden.

Die Stimmung in der deutschen Bevölkerung schwankte zwischen Durchhaltewillen, Resignation und Selbstmord sowie Erwartung des

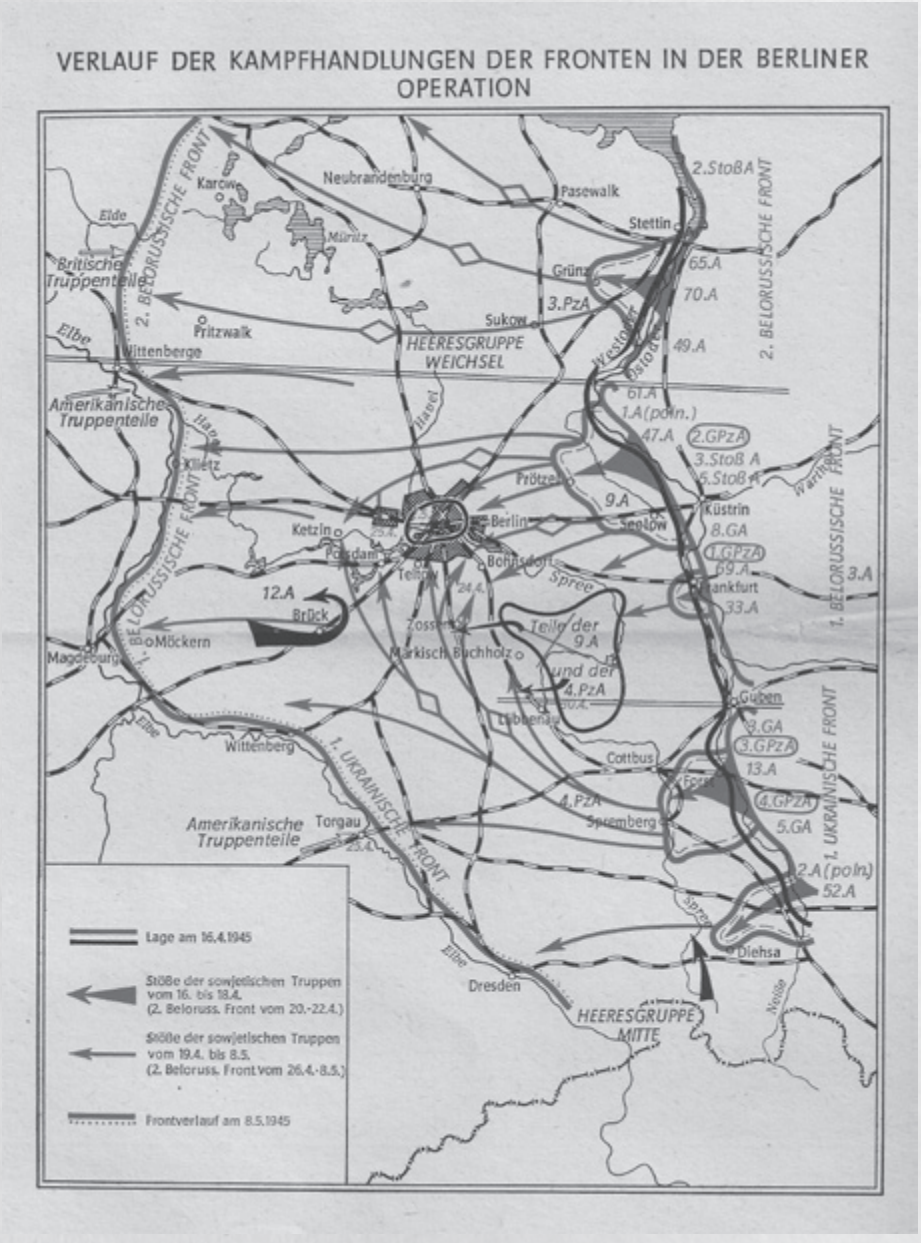
Kriegsendes. Nach dem Beginn der Offensive der Roten Armee wurde in weiten Teilen der Lausitz der Evakuierungsbefehl gegeben, was dazu führte, dass eine große Anzahl an Flüchtlingen gen Westen strömte. Ende April 1945 hatten rund zwei Drittel der Bevölkerung ihre Wohnorte in der Lausitz verlassen.

Die Behörden und Nazifunktionäre übten sich in Durchhalteparolen, bereiteten häufig aber gleichzeitig ihre Flucht vor oder begingen Selbstmord bei Eintreffen der sowjetischen Soldaten. Insgesamt folgten sie einer Politik der „verbrannten Erde“. Im sogenannten „Nerobefehl“ von Hitler hieß es: „Alle militärischen Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind zur Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören.“ Umzusetzen war dies durch militärische Kommandobehörden, Gauleiter und Reichsverteidigungskommissare. Für Senftenberg und Großräschen befahl der Gauleiter darauf hin, alle Trinkwasseranlagen und Wasserreservoirs mit Zyankali zu vergiften, sobald die sowjetischen Truppen einmarschieren würden. Der Massenmord an tausenden Einwohnern wurde aber verhindert, weil selbst Nazifunktionäre diesen Befehl nicht ausführen wollten. Auch die Braunkohlekraftwerke der Region wurden nicht gesprengt, aber die Tagebaue (teilweise unbeabsichtigt) geflutet. Insgesamt wurden zahlreiche Orte trotz Verbotes kampflos übergeben, bspw. wurde in rund 60 Orten der Oberlausitz die weiße Fahne gehisst. Doch solche Vorhaben waren gefährlich und so wurde in Peitz noch am Tag der Befreiung ein Antifaschist von SS-Truppen erschossen, weil er die weiße Fahne am Festungsturm angebracht hatte.

In einem ähnlichen Zwiespalt standen auch die deutschen Soldaten, die erbitterten Widerstand leisteten und auch leisten mussten. Schon Verhandlungen von Kommandanten mit der Roten Armee wurden mit dem Tode bestraft. Und so übergaben Kommandanten die Stadt nicht, wenn Feldjäger oder SS-Einheiten anwesend waren oder erwartet wurden – wie bspw. in Lübben. Und auch die Familien der Soldaten wurde in Sippenhaft genommen, in einem Befehl vom 5. März heißt es: „Wer in Gefangenschaft gerät, ohne verwundet zu sein oder nachweisbar bis zum äußersten Ende gekämpft zu haben, hat seine Ehre verwirkt… Seine Angehörigen haften für ihn. “

Trotz alledem wurden Soldaten durch Antifaschisten des Komitees „Freies Deutschland“ immer wieder aufgefordert, sich zu ergeben – und bspw. bei Spremberg und Drebkau folgten jeweils rund 200 Soldaten den Aufrufen. Insgesamt versuchten aber viele deutsche Einheiten tendenziell nach Westen in Richtung der amerikanisch besetzten Gebiete zu gelangen.

Auch größere (erfolgreiche) Aktionen des sogenannten Volkssturms oder der Wehrwölfe (deutscher ausgebildeter Partisanen) sind in der Lausitz nicht bekannt. In der Region lieferten sich lediglich versprengte Truppenteile und überrollte Gruppen noch kleinere Scharmützel, bspw. nach der Eroberung von Niesky, zogen aber häufig nach wenigen Tagen in Richtung Westen ab.



Kampf um Cottbus und Berlin

Während bei Frankfurt/Oder noch starke Kämpfe stattfanden, hatte die Rote Armee bereits am 18. April die Spree zwischen Cottbus und Spremberg überschritten. Am selben Tag erteilte Joseph Stalin deshalb den Befehl, dass diese Truppen der 1. Ukrainischen Armee nach Norden auf Zossen (bei Berlin) abdrehen sollten. Dort befand sich das Hauptquartier des Deutschen Generalsstabs. Die sowjetischen Truppen sollten Berlin am 20. April erreichen und größere Städte bei ihrem Vormarsch meiden, da hier mit starkem Widerstand gerechnet wurde.

Der Vormarsch von Süden auf Berlin (westlich von Cottbus) wurde den sowjetischen Truppen insofern erleichtert, weil sich westlich der Spree weder größere organisierte deutsche Verbände noch ausgebaute Verteidigungslinien befanden. Die Situation hatte eine solche Dynamik entwickelt, dass der Wehrmacht für die Errichtung von Verteidigungslinien keine Zeit blieb.

Die Wehrmacht zog im Raum Cottbus größere Einheiten zusammen, um den Vormarsch der Roten Armee zumindest aus der Flanke zu behindern. Daraufhin wurde der 3. Gardearmee wiederum befohlen, diese Truppenverbände zu zerschlagen.

In den Morgenstunden des 20. April begannen sowjetische Panzerverbände auf Vetschau zuzumarschieren. Bei Drebkau gab es dabei eine sogenannte Panzerdurchbruchsschlacht, bei der mehr als einhundert gepanzerte Fahrzeuge beider Seiten zerstört wurden. Doch bereits in den Nachmittagsstunden wurde die Stadt Vetschau eingenommen. Dort machte die Rote Armee rund 600 Gefangene, von denen sie rund 450 Mitglieder des Volkssturms sofort wieder nach Hause schickte. Am Ende des Tages stand diese Abteilung kurz vor Lübbenau – damit war Cottbus von Osten, Süden und Westen eingeschlossen.



Die Stadt Cottbus

Die Region um Cottbus hatte nun eine entscheidende strategische Relevanz: über die Bedeutung als Verkehrsknotenpunkt hinaus war sie der letzte Eckpfeiler der Verteidigung der Truppen östlich von Berlin nach Süden. Größere Einheiten wurde daraufhin in den Raum Cottbus verlegt, insbesondere in die Dörfer Dissenchen und Merzdorf, nachdem bei Kahren 2 Panzerangriffe stattfanden. In der Stadt Cottbus selbst, die zur „Festung“ erklärt worden war, wurden aber keine zusätzlichen Einheiten stationiert. Und so meldete der Festungskommandant von Cottbus, Generalleutnant Ralf Sodan, schon am Vormittag des 19. April, dass er die Stadt ohne reguläre Truppen nicht verteidigen könne. Ihm standen lediglich 5 schlecht bewaffnete Volkssturmbataillone zur Verfügung, die überwiegend aus Hitlerjungen und alten Männern bestanden.

Auf sowjetischer Seite wurden zur Vorbereitung der Eroberung von Cottbus größere Verbände zusammengezogen, da mit erbittertem Widerstand gerechnet wurde. Darunter befanden sich auch 10 Fliegerdivisionen mit insgesamt rund 1.000 Flugzeugen. Nach verschiedenen schweren Angriffen der Flugzeuge und starkem Artilleriefeuer begann der Angriff auf den „Raum Cottbus“ am 21. April. Daraufhin zogen sich die deutschen Truppen, darunter auch SS-Einheiten, aus dem Vorfeld der Stadt in Richtung Cottbus zurück und versuchten den „rettenden Spreewald“ zu erreichen. Die letzten SS-Panzer verließen die Stadt um 22 Uhr nach Norden und Teile des Volkssturms folgten. In derselben Nacht entließ der Festungskommandant seine verbliebenen Offiziere in die Flucht nach Westen.

Am Morgen des 22. April begann die Rote Armee von Süden – über Sachsendorf – in die Stadt einzumarschieren. Gegen 9.00 Uhr hatten die Sowjetsoldaten das Klinikum erreicht. Einzelne Feuergefechte gab es am Güterbahnhof und dem Reichsbahnausbesserungswerk und fast alle Brücken und Teile des Bahnhofes wurden von deutschen Truppen gesprengt. Lediglich die „Blaue Brücke“, das Staatstheater und das Elektrizitätswerk wurden von Antifaschisten gerettet. Bereits gegen Mittag fielen in der Stadtmitte keine Schüsse mehr.

Zivilisten, Soldaten und Mitglieder des Volkssturms flüchteten über die Schmellwitzer Straße nach Norden. Unter den Flüchtenden war auch der NS-Kreisleiter Willi Andro, der noch am Vortag zum Endkampf aufrief und in der Gegend von Burg das letzte Mal gesehen wurde. Der Festungs-

kommandant Ralf Sodan erschoss sich am 23. April in Drachhausen (nördlich von Cottbus). Lediglich am Flughafen und im Norden der Stadt fanden noch einzelne Gefechte statt, wobei es sich meist um Truppen handelte, die verzweifelt ihren eigenen Rückzug nach Norden sichern wollten – und doch in die kommende Kesselschlacht bei Halbe zogen. Die Rote Armee eroberte im „Raum Cottbus“ rund 100 Panzer sowie 2.000 Kraftfahrzeuge und machte 1.700 Gefangene. Auf beiden Seiten fielen 2.500 Soldaten.

Die Stunde null

Auch wenn in der Stadt Cottbus lediglich relativ geringe Kampfhandlungen stattfanden, waren die Zerstörungen insgesamt doch beträchtlich. Rund 60% der Industrieanlagen und 60% der Wohnungen waren beschädigt oder zerstört. Die deutschen Truppen hatten Brücken und andere Infrastruktur gesprengt, Plünderer setzten zahlreiche Häuser in Brand und sowjetische Soldaten zündeten Häuser an, in denen sie Nazisymbole fanden. Eine Feuerwehr gab es nicht und so brannten häufig auch die benachbarten Häuser aus.

Der Kommunist Max Döring (und spätere Bürgermeister) begrüßte die Sowjetsoldaten mit einem kleinen Leninbild in der Hand. Der Obermedizinalrat Dr. Steinhäuser aus der Klinik fasste den Moment so zusammen: „Wir atmeten alle auf. Wenn man den Krieg als Arzt einmal gesehen hat, will man wirklich keinen Krieg mehr.“

In der Stadt selbst waren noch rund 4.000 Einheimische und 5.000 ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangene verblieben. Und zu allererst für diese war der 22. April ein Tag der Befreiung.

Anmerkungen:

Die Zusammenstellung der Daten her beruht im Wesentlichen auf den zahlreichen Darstellungen der „Operation Berlin“. Zu beachten ist, dass es leicht abweichende Darstellungen der Situation im Raum Cottbus von Marshall Shukow und Marschall Konew gibt. Dies kann darauf zurück zu führen sein, dass beide nach Ende des Kriegs für sich die entscheidende Rolle bei der Eroberung Berlins in Anspruch nehmen wollten. Im Großraum Cottbus fanden auch Feuergefechte statt, zumal hier verschiedene SS-Einheiten kämpften. Für die Stadt selbst sind solche heftigen Gefechte nicht belegt. Zwar schreibt Marshall Konew, dass jedes Haus und jeder Block einzeln eingenommen werden mussten, insgesamt war der Kampf aber schon nach wenigen Stunden abgeschlossen. Belegt sind verschiedenen Widerstandsnester (mit MG) und Panzersperren bspw. auf der Bahnhofsstraße, insbesondere der SS und des Volkssturms. Der Angriff auf die Stadt war aber relativ kurz. Nach einer ruhigen Nacht begann der Angriff am 22. April im Morgengrauen aus Süden – bereits gegen 9.00 Uhr war die Höhe des Klinikums erreicht und gegen Mittag waren keine Schüsse in der Innenstadt mehr zu hören. Die Darstellungen von Heinz Petzold und Jörg Mettke legen nahe, dass sich wesentliche Teile der Wehrmacht und der SS-Truppen, insbesondere die Panzer und die wesentlichen Offiziere bereits in der Nacht zum 22. April abgesetzt hatten und Teile des Volkssturms einfach nach Hause gingen.

An dieser Stelle soll auch darauf verwiesen werden, dass es im Zuge der Besetzung der Gebiete der Lausitz zu Vergewaltigungen und Plünderungen durch sowjetische Soldaten kam. Eine Aufrechnung der Gräueltaten soll an dieser Stelle nicht vorgenommen werden und wäre auch unethisch. Mettke verweist insbesondere darauf, dass Einheiten der Division „Brandenburg“ z.B. am Massaker von Lemberg (Lwiw, Ukraine) teilgenommen hätten und es sich deshalb um Racheakte gehandelt haben soll. Der Schauspieler des Staatstheaters Michael Becker schrieb dazu: „Kein sowjetischer Soldat hätte je deutschen Boden betreten, keine Frau wäre jemals von einem sowjetischen Soldaten vergewaltigt worden, es hätte keine sowjetischen Internierungslager in Buchenwald, in Jamlitz gegeben, wie es auch keine anglo-amerikanischen Bomben auf Dresden und Cottbus gegeben hätte. Nichts von dem wäre passiert, hätten nicht Deutsche Nichtangriffsverträge gebrochen, Menschen versklavt, verschleppt, interniert, hätten nicht Deutsche planmäßig Menschen vernichtet und sogar vergast.“



Die von Wehrmachtseinheiten gesprengte Sandower Brücke

Quellen:

Mettke, Jörg (1985): 1945: Absturz ins Bodenlose. SPIEGEL-Redakteur Jörg R. Mettke über Kapitulation und Besatzung (V): Cottbus, DER SPIEGEL 19/1985, 05.05.1985, S. 152 - 173.
Petzold, Heinz (2005): Als für Cottbus der 2. Weltkrieg endete, Regia-Verlag, Cottbus (6 Euro).
Pilop, Max (1990): Die Befreiung der Lausitz. Militärhistorischer Abriß der Kämpfe im Jahre 1945, 3. Auflage, Domowina-Verlag, Bautzen
Shukow, G.K. (1969): Erinnerungen und Gedanken, Bd. 2, Deutscher Militärverlag, Berlin.

Kettenfahrzeuge für die Front – die Mechanischen Werke Cottbus

Es war ein Zufall, durch den die Cottbuser in der DDR auf die Mechanischen Werke Cottbus (MWC) wieder aufmerksam wurden. Bei Bauarbeiten wurden eingemauerte Akten einer Industrieproduktion in der Stadt entdeckt, von der kaum noch etwas bekannt war. Durch Auswertung der Akten und durch Befragung der Einwohner gelang es aber, Details zu rekonstruieren.

In den Jahren 1937/38 wurden am Merzdorfer Weg die MWC errichtet. Sie waren ein Tochterunternehmen der Phänomen-Werke Zittau und produzierten ab 1938 Kettenfahrzeuge – zuerst getarnt. Nach außen hin sollen Anlagen zunächst als Fahrradwerk dargestellt worden sein. Ab 1939 begann die Produktion offiziell.

Gefertigt wurde ein leichtes und schnelles Halbkettenfahrzeug vom Typ Demag 7 (D7) in Lizenzproduktion. Dieses war ein Zugmittel für Artilleriegeschütze wie der 2-cm-Flugabwehrkanone 30, dem 7,5-cm leichtes Infanteriegeschütz 18 oder der 3,7-cm-Panzerabwehrkanone 36. Das Fahrzeug sollte ebenfalls dazu dienen, die Geschützmannschaft zu transportieren, und erreichte eine Geschwindigkeit von bis zu 65 km/h.



Frankreich: Zugmaschine mit FlaK, Quelle: Bundesarchiv Bild 101I-055-1572-30

Weil das D7 auf den Straßen zu viel Lärm erzeugte, wurde es in den MWC zum Typ D7P weiterentwickelt. Diese Fahrzeuge waren für unwegsames Gelände ebenfalls mit Ketten ausgerüstet, hatten eine lenkbare Vorderachse und waren ebenfalls für den Transport von Mannschaften und Lafetten konstruiert. In den MWC wurden diese Fahrzeuge entwickelt, die Einzelteile – außer Motor, Schaltgetriebe, Räder und Ketten – hergestellt und bis auf die Aufbauten am Fließband gefertigt. Notwendige Werkzeugmaschinen wurden ebenso im Werk gebaut, und bevor die Bauteile auf das Fließband kamen, wurden sie von einer eigenständigen Heeresabteilung geprüft und entsprechend der Güte mit einem Heeresstempel versehen.



Rückzug deutscher Truppen auf Breslau mit PaK, Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-H26408

Mit einem der Fahrzeuge zeigte sich 1944 der Reichsleiter der Hitlerjugend Baldur von Schirach, als er von diesem Fahrzeug eine Ansprache an die Freiwilligen der Panzergrenadierdivision Großdeutschland auf dem heutigen Schillerplatz hielt. Ein Foto dieser Propagandaveranstaltung findet sich im Cottbuser Anzeiger vom 8. August 1944.

Das Werk hatte Gleisanschluss an die Strecke Cottbus – Frankfurt/Oder und bestand aus einem Bürogebäude (25x87 Meter), daran angelehnt ein Kohleheizhaus, vier Montagehallen (ab 1941 fünf Hallen) und einer Waschanlage. Produktionsausstoß soll bis in das Jahr 1941 hinein gut 24 Fahrzeuge pro Tag betragen haben. Nach Errichtung der fünften Montagehalle soll er sich sogar auf etwa 35 Stück pro Tag erhöht haben. Für den Abtransport zur Komplettierung standen täglich Züge bereit. Insgesamt kann die Gesamtproduktion auf 15.000 bis 30.000 Fahrzeuge geschätzt werden (nach unterschiedlichen Quellenangaben). Anfangs bestand das Personal gänzlich aus Einheimischen. Später wurden sie nach ihrer Einberufung durch ausländische Zwangsarbeiter ersetzt. Während des Krieges wurden dort französische, polnische, russische und italienische Zwangsarbeiter ausgebeutet. In den Jahren des höchsten Produktionsausstoßes waren ca. 2.000 Menschen im Werk beschäftigt, von denen nur noch 30% „Deutsche“ waren. Die Zwangsarbeiter kamen aus den umliegenden Lagern, z.B. dem Arbeitslager am Merzdorfer Weg 16 (Mechanische Werke 1) mit 594 Insassen (davon 233 weiblich) und dem zweiten Lager der Werke „An den Weinbergen“ mit 80 Italienern.

In den Jahren 1944/45 war das Werk mehrmals Ziel alliierter Bombenangriffe, doch es wurde stets verfehlt. Noch kurz vor der Befreiung von Cottbus am 22. April 1945 wurde das Werk von SS-Einheiten besetzt, die das Werk halten sollten – was ihnen allerdings nicht gelang.

Nach dem Krieg wurde das Werk in die Liste der Betriebe aufgenommen, die zur Leistung von Reparationszahlungen abgebaut werden sollten. Die sowjetischen Besatzungstruppen ließen das Werk bis auf die Grundmauern demontieren. Die Arbeiten dazu wurden 1947 einer Berliner Firma übertragen. Ehemalige Parteimitglieder der NSDAP, die auf dem Sportplatz an der Peitzer Chaussee interniert waren, durften die Arbeiten tatkräftig unterstützen.

Quelle:

Ladusch, Wolfgang; Pfeifer, Jens (1997): „Die Mechanischen Werke in Cottbus (MCW)“ in: Cottbuser Blätter, Jahrgang 1997, „Baugeschichte, Logenbrüder und Gymnasium“, Regia Verlag, Cottbus, S. 91-94.

Flugplatz und Flugzeugproduktion – die Focke-Wulf-Werke in Cottbus

Cottbus spielte vor dem Zweiten Weltkrieg eine große Rolle beim Aufbau der Luftwaffe und nachdem der Krieg entfesselt war, wurde Cottbus zu einem Standort des Flugzeugbaus. Auf dem Gelände des Flughafens entstand ab 1942 eine Fabrik der Focke-Wulf-Flugzeugbau GmbH.

Bereits im Mai 1933 entstanden erste Pläne, den Flughafen militärisch zu nutzen. Nachdem Ende September 1933 der zivile Flugverkehr eingestellt wurde, wurden im nördlichen Teil erste Unterkünfte und Wartungshallen errichtet. Obwohl Deutschland zu dem damaligen Zeitpunkt der Besitz einer Luftwaffe verboten war, begann schon ab 1934 am Standort die Ausbildung von Piloten – getarnt als zivile Verkehrsfliegerschule.

Ab 1938 waren verschiedene Einheiten der Luftwaffe in Cottbus stationiert, und von November 1939 bis Oktober 1941 lag das Fluganwärterregiment 82 am Platz und bildete Piloten aus. In der Vorbereitungsphase des Überfalls auf die Sowjetunion diente der Flugplatz als Zwischenstation verschiedener Sturzkampfbomber-Einheiten.

Im Jahr 1941 erhielt die Focke-Wulf-Flugzeugbau GmbH den Befehl des Reichsluftfahrtministeriums (RLM), die Flugzeugproduktion zu dezentralisieren und nach Osten zu verlegen. Bremen war der ursprüngliche Firmenstandort, doch die Stadt war seit 1940 Ziel alliierter Bombenangriffe und der Flugzeugbau dort war deshalb akut bedroht.



Focke-Wulf Fw 190 – mit rund 20.000 Stück eines das meistgebaute Jagdflugzeug der Luftwaffe

Einer der neuen Standorte war Cottbus. Das RLM stellte für die Produktion den Fliegerhorst und die Hallen zur Verfügung. Ab 1942 wurden dann das Fernaufklärer, -bomber und Transportflugzeug Fw 200C „Condor“ gebaut (wahrscheinlich ca. 100) und ab 1944 das Jagdflugzeug Fw 190 (Anzahl unbekannt) und dessen Nachfolgemodell Ta 152 (144 Stück) gefertigt. Die ausgeführten Arbeiten der Endmontage reichten vom Zusammenbau der Innenflügel und des Rumpfes über die Sattlerei und Malerei bis zur Triebwerksmontage und der sogenannten Einfliegerei, also dem Test der Flugzeuge.



Montagehalle auf dem Flugplatz in Cottbus mit Fw 200 „Condor“, Foto: privat aus dem Flughafenmuseum

Die Fw 200 „Condor“ wurde durch Churchill auch als „Geißel des Atlantik“ bezeichnet, denn das Flugzeug hatte eine relativ große Reichweite. Leichte Bomber vom Typ “Condor“ konnten so Schiffe im Atlantik überraschend angreifen. Als schwerer Bomber war das Flugzeug konstruktionsbedingt aber ungeeignet, denn die hohe Reichweite basierte gerade auf der relativ leichten Konstruktion. Das Flugzeug wurde häufig als Transportflugzeug eingesetzt, bspw. wurden neun der Maschinen bei Stalingrad abgeschossen. Darüber hinaus waren die Maschinen dieses Typs die Standardflugzeuge der Führung des 3. Reiches, u.a. für Adolf Hitler. Insgesamt wurden 263 dieser Flugzeuge gebaut und militärisch genutzt.

Auf Befehl des RLM vom 15. Oktober 1942 verlegte auch die Luftfahrtindustrieberufsschule, Abteilung Focke-Wulf, aus Gründen der „Luftgefahr“ ihre Ausbildungsstätten nach Cottbus. Am 11. April sowie am 25. April 1944 wurde das Werk Ziel US-amerikanischer Luftangriffe. Beim ersten Angriff wurde es kaum beschädigt, beim zweiten Angriff wurden die Produktionsanlagen dagegen zu 50 Prozent und 50 50 Flugzeuge zerstört. Die Produktion konnte allerdings binnen kurzer Zeit wieder auf 60 Prozent des Anfangsniveaus gesteigert werden.

Das Flugzeugwerk beschäftigte etwa 4.000 Menschen – darunter zahlreiche Zwangsarbeiter. In den Jahren 1944/45 umfasste die Belegschaft des Werkes 4.656 Personen, davon waren 643 Angestellte. Zahlreiche Firmen mit Sitz im Stadtgebiet dienten als Zulieferer von Bauteilen. Im Februar 1945 wurde die Produktion wegen des nahen Frontverlaufs eingestellt, und das Werk sollte wiederum nach Bremen verlagert werden, wurde dort aber nie wieder errichtet.

Der Flughafen wurde mit dem Herannahen der Roten Armee ab Januar 1945 zum Frontflugplatz und von verschiedenen Einheiten genutzt. Teile des Schlachtgeschwaders 77 flog von hier aus Einsätze gegen die sowjetischen Truppen. Das unterirdische Tanklager des Flugplatzes wurde am 21. April 1945 gesprengt. Während der Befreiung von Cottbus am 22. April gab es insbesondere am Flughafen verstärkt Feuergefechte, die von Nachmittag bis Abend andauerten. Nach Ende des Krieges wurden auf dem Flughafen alle deutschen Maschinen der Region gesammelt und verschrottet.



FW 200 abgeschossen im Atlantik

Anmerkungen

Die hier zusammengetragenen Angaben stammen aus online-Quellen, dem Stadtarchiv und Angaben des Flughafenmuseums. Eine umfassende Dokumentation über den Flughafen und insbesondere die Focke-Wulf-Werke in Cottbus existiert (noch) nicht. Darüber hinaus:

Thiel, Reinhold (2011): „Focke-Wulf Flugzeugbau“, Verlag H.M. Hausschild GmbH, Bremen, S. 300 ff.

Die Täter

Heinz Reinefarth – der „Henker von Warschau“

Heinz Reinefarth wurde 1903 in Gnesen (Gniezno, 50 km östlich von Posen) geboren. Er studierte Rechtswissenschaft in Jena und war nach der Promotion als Richter tätig. 1932 wurde er Mitglied der NSDAP und der SS. Zwischen 1932 und 1939 war er als Rechtsanwalt und Notar in Cottbus tätig. Seine Kanzlei befand sich in der Berliner Straße 124. Er war zugleich Vorsitzender des NSDAP-Rechtswahrerbundes in Cottbus mit Sitz Berliner Str. 158.

Mit Kriegsbeginn wurde Reinefarth eingezogen und während des Westfeldzuges gegen Frankreich wurde ihm als Zugführer das Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes verliehen. Mitte 1942 wurde er aufgrund schwerer, an der Ostfront erlittener Erfrierungen wehrdienstuntauglich. Im April 1944 wurde er zum Höheren SS- und Polizeiführer Warthe berufen.

Am 1. August 1944 brach der Aufstand im besetzten Warschau aus. Hitler beauftragte die SS mit der Niederschlagung und Reinefahrt wurde eine eigene Kampfgruppe unterstellt. Seinen späteren Kommandeur informierte er über die Befehle Himmlers: „Das erste, was er mir sagte, war, daß man keine Gefangenen nehmen dürfe und jeden Einwohner Warschaus totschlagen sollte. Ich fragte: Frauen und Kinder auch? Worauf er antwortete: Ja, Frauen und Kinder auch.“



Reinefarth in Warschau mit russischen Hilfstruppn

Der „Kampfgruppe Reinefarth“ gehörten im wesentlichen Einheiten der Ordnungspolizei und die berüchtigte SS-Sondereinheit Dirlewanger an, die an zahlreichen Kriegsverbrechen beteiligt war und Großteils aus rehabilitierten Verbrechern bestand. Was nun geschah, wurde später das „Massaker von Wola“ genannt.

Am ersten Tag rückten die Dirlewanger-Einheiten rund 2 Kilometer in Warschau vor, verloren dabei 6 Soldaten und töten 60 Kämpfer der polnischen Heimatarmee. Daraufhin trieben die SS-Mannschaften auf einem Kilometer Straßenlänge alle Zivilisten auf die Straße und erschossen sie teilweise sofort – mehr als 10.000 Zivilisten wurden an diesem ersten Tag ermordet. Außerdem drangen Dirlewangers Männer in zwei Krankenhäuser ein und ermordeten rund 1.100 Kranke und deren Pflegepersonal. Weitere Verbrechen wurden durch eine (auf deutscher Seite kämpfende) russische Brigade unternommen, dazu gehörten Plünderungen, Vergewaltigungen, Folter, Mord an Zivilisten – ebenfalls in Krankenhäusern.



Zivilisten als Opfer des Wola-Massakers

Reinefarth beschwerte sich unterdessen bei seinem Vorgesetzten, dass die ihm zugeteilte Munition nicht ausreiche, um alle gefangenen Zivilisten zu erschießen. Aufgrund der höheren Verluste am nächsten Tag setzten Reinefarths Einheiten zunehmend gefangene Zivilisten als menschliche Schutzschilde ein. Am Tag darauf gewannen die deutschen Einheiten die Oberhand im Stadtteil Wola.

Die Zahl der in diesen drei Tagen ermordeten polnischen Zivilisten wird auf etwa 30.000 geschätzt. Aus verhafteten Polen wurde ein zwangsrekrutiertes Verbrennungskommando gebildet, dass die zu Leichenbergen gestapelten Ermordeten verbrennen musste – rund 100 Mitglieder des Kommandos wurden nach Beendigung der Arbeiten etwa Mitte September 1944 weitgehend liquidiert.

Nach der Kapitulation der Wehrmacht war Reinefarth in britischer Kriegsgefangenschaft, entging aber einem Prozess wegen der Verbrechen seiner Einheiten. Von Dezember 1951 bis 1964 war er Bürgermeister der Stadt Westerland auf der Nordseeinsel Sylt und wurde 1958 für den Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten in den Schleswig-Holsteiner Landtag gewählt. Nach seinem durch Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen Kriegsverbrechen erzwungenen Rückzug aus der Politik war Reinefarth ab 1967 beruflich als Rechtsanwalt in Westerland tätig. Die Ermittlungen gegen ihn wurden ohne Anklage eingestellt. Reinefarth starb am 7. Mai 1979 auf Sylt.

Wilhelm Kube – korrupter, schwankender Holocaust-Täter

Richard Paul Wilhelm Kube, Jahrgang 1887, war von 1928 bis 1936 Gauleiter der NSDAP in Brandenburg, genannt auch der „Preußenführer“. Der Gauleiter initiierte 1932 unter anderem die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“. Die Glaubensbewegung erklärte in ihren Programmen, dass die Verwirklichung der NS-Weltanschauung im 3. Reich Gottes Schöpferwille, die Rassenpolitik Gottes Gebot und als wahre Obrigkeit ein autoritärer Staat gewollt sei.



Wilhelm Kube, Foto: Bundesarchiv Bild F051633-0017

Kube war überzeugter Antisemit und schrieb 1934: „Der Pestträger muss ausgemerzt werden.“ In Cottbus sprach Kube im selben Jahr auf einer

Tagung aller Kreispropagandaleiter der Kurmark über den "menschenleeren Raum im Osten", der gefüllt werden müsse. 1936 wurde Kube wegen seiner Korruptheit aller staatlichen und Parteiämter enthoben und nach mehreren Zwischenstationen wurde er 1940 Aufseher und SS-Rottenführer im KZ Dachau.

Auch wenn Kube innerhalb des Reiches politisch nicht mehr tragbar schien, war dies außerhalb der Reichsgrenzen möglich – am 17. Juli 1941 wurde er zum Generalkommissar für den Generalbezirk Weißruthenien (Weißrussland) ernannt. Hier lobte er 1943 einen Untergebenen, dass es diesem gelungen sei, „allein in den letzten 10 Wochen 55.000 Juden zu liquidieren. Im Gebiet Minsk-Land ist das Judentum völlig ausgemerzt…" Er kritisierte die brutalen Methoden teilweise aber auch immer wieder als „eines deutschen Menschen und eines Deutschlands Kants und Goethes unwürdig." Wilhelm Kube schien selbst vor den Konsequenzen seines Antisemitismus zurückzuschrecken, denn „Schädlinge" müssten auch ausgemerzt werden – kritisierte aber selbst das Vorgehen insbesondere gegen „deutsche" Juden. So schrieb Kube 1941: „Ich bin gewiss hart und bereit, die Judenfrage mit lösen zu helfen, aber Menschen, die aus unserem Kulturkreis kommen, sind doch etwas anderes, als die bodenständigen, vertierten Horden." Bei russischen Juden hatte er also weniger Probleme und blieb insgesamt in den Holocaust verwickelt. Er erhob keinen Einspruch gegen die Tötung arbeitsunfähiger deutscher Juden, führte einer Delegation italienischer Faschisten eine Gaskammer vor und bereicherte sich persönlich an jüdischem Besitz.

Am 22. September 1943 wurde Kube in Minsk getötet. Die weißrussische Partisanin Jelena Grigorievna Masanik hatte, als Dienstmädchen verkleidet, eine Bombe mit Zeitzünder unter dem Bett versteckt. Aus Rache tötete die SS in Minsk 1.000 männliche Zivilisten.

Es war rechtlich unklar, ob Wilhelm Kube auch in den Jahren 2009 (Forst) und 2014 (Spremberg) gemeinsam mit Adolf Hitler noch Ehrenbürger der Städte war. Die Ehrenbürgerschaft wurden daraufhin durch die Stadtverordnetenversammlungen entzogen.



Die weißrussische Partisanin Jelena Grigorievna Masanik

Emil Stürtz



Emil Stürtz war von 1930 bis 1938 Mitglied des Reichtages für die NSDAP und wurde am 7. August 1936 als Nachfolger von Wilhelm Kube zum Leiter des Gaues Kurmark ernannt. Dem folgte 1937 die Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und am 1. September 1939 wurde er zum Reichsverteidigungskommissar (RVK) für den Wehrkreis III ernannt, der im Wesentlichen das heutige Brandenburg umfasste.

1937 instruierte Gauleiter Emil Stürtz die ihm nachgeordneten Instanzen darüber, dass „es aus nationalpolitischen Gründen dringend erwünscht ist, dass soweit irgendwie vertretbar, bestehende slawische (polnische und wendische) Namen und Bezeichnungen für Ortschaften, Ortsteile, Flüsse und Bäche verschwinden und durch rein deutsche Namen und Bezeichnungen ersetzt werden" Daraufhin wurde bspw. der Ort Rogosna in Rogosen umbenannt.

Ab dem Jahr 1943 setzte er sich persönlich auch für die Einrichtung des SS-Truppenübungsplatzes in der Lieberoser Heide bei Jamlitz ein. Dort wurde eine Außenstelle des KZ Sachsenhausen errichtet und insgesamt rund 11.000 Häftlinge sollen beim Bau eingesetzt worden sein. Darunter befanden sich auch rund 4.000 Häftlinge aus Auschwitz Birkenau, die ab Sommer 1944 zur „Vernichtung" nach Auschwitz gebracht wurden. Es gibt Hinweise darauf, dass der Krankenstand und die Sterblichkeit in keinem Außenlager des KZ Sachsenhausen so hoch waren, wie im „Arbeitslager Lieberose".

Emil Stütz arbeitete bis auch in den letzten Kriegstagen am „Endsieg", so nahm er im Oktober 1944 den Appell von Hitlerjungen anlässlich der Meldung von Freiwilligen im Hof des Stadtschlosses Potsdam ab. Als Gauleiter war er in der Endphase des Krieges u.a. auch für den Volkssturm in Brandenburg zuständig. Er gilt seit dem 21. April 1945 in Berlin als vermisst.

Henricius Haltenhoff – Oberbürgermeister von Cottbus

Durch Verhaftungswellen und das Verbot der Parteien von KPD und SPD im Jahr 1933 wurden auch die ordentlich gewählten Stadtverordneten der Parteien entfernt. Der Oberbürgermeister Dr. Kreutz wurde beurlaubt und Bürgermeister Dr. Varnhagen zur vorzeitigen Pensionierung gezwungen. Am 28. März 1933 wurde Dr. Henricus Haltenhoff, seit 1926 Bürgermeister in Frankfurt/Oder, „getragen vom Vertrauen der Regierung und der nationalen Revolution" (Cottbuser Anzeiger 29.3.33) kommissarisch als Oberbürgermeister nach Cottbus beordert. Am 1. April 1933, dem Tag des Boykotts jüdischer Geschäfte, trat er in die NSDAP ein.

Auf Grund zweier Dringlichkeitsanträge des NSDAP-Kreisleiters Gustav

Konrad wählen die Stadtverordneten am 14. Juli 1933 Dr. Haltenhoff auf 12 Jahre zum Oberbürgermeister. In die Amtszeit von OB Dr. Haltenhoff fallen die Verhaftung von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Kommunisten, die Verfolgung von jüdischen Geschäftsinhabern, die Einstellung der zivilen Luftfahrt in Cottbus zugunsten der Umrüstung zum Luftwaffenflugplatz, der Bau der Reichsbank 1933 und Sparkasse, der Abriss eines Häuserkarrees mit dem Geburtshaus Carl Blechens zugunsten des Rathausneubaus und die Rekonstruktion der Stadtmauer durch die Deutsche Arbeitsfront. Im Oktober 1937 wechselte er als OB nach Hannover, wurde 1938 SA-Standartenführer. Dort war Haltenhoff maßgeblich beteiligt an der Aneignung jüdischen Grundbesitzes und von Wert- und Kunstgegenständen. Diese wurden dem Hannoverschen Ratssilber zugeordnet, mit neuen Besitzmonogrammen versehen und an Nazigrößen verschenkt. Beim Entnazifizierungsverfahren am 14. August 1949 wurde er in die Gruppe IV (Mitläufer) eingestuft. Von 1954-55 war er Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages.

Hans Kehrl, IHK und Organisator der deutschen Kriegswirtschaft

Hans Kehrl wurde 1900 als Sohn des Cottbuser Tuchmachers Rudolf Kehrl geboren – die Tuchfabriken befanden sich in der Parzellenstr. 10 und Pücklerstr. 55 (heute Franz-Mehring-Str.55). Er wurde zunächst familiäres durch ein bürgerlich-liberales Milieu geprägt und musste durch den Tod des Vaters bereits 1926 die Firma übernehmen. Durch die Weltwirtschaftskrise verlor er das Vertrauen in das Krisenmanagement der Präsidialregierung und wandte sich den Nationalsozialisten zu. Zu dieser Zeit mühte sich Hitler um Zustimmung in den bürgerlichen Kreisen, bekannte sich im Düsseldorfer Industrie-Club zur Privatwirtschaft, versprach in seinem alternativen Wirtschaftsprogramm staatliche Konjunkturmaßnahmen und aktive Arbeitsmarktpolitik, die Schaffung einer autarken Großraumwirtschaft und die Zurückdrängung des Einflusses der Arbeiterbewegung in einem künftigen autoritären Staat.



Hans Kehrl, Foto: Bundesarchiv Bild 183-1998-0525-500

Während sich andere Unternehmer auf die Förderung und Unterstützung beschränkten, verschrieb sich Kehrl dem Nationalsozialismus „mit Haut und Haar“. Er erklärte am 1. Mai 1933 offiziell seinen Beitritt zur NSDAP, als die Machtübernahme als gesichert anzusehen war, weiterhin zum NSDAP-Kraftfahrerkorps, zur Deutschen Arbeitsfront, zum NS-Volkswohlbund und Reichsluftschutzbund.

In Cottbus boten sich ihm günstige Voraussetzungen für den Start einer politischen Karriere, wegen des Fehlens erstarrter politischer Strukturen und mächtiger Industriebosse in der mittelständisch geprägten Industrieregion. Auf Veranlassung der NSDAP wurde er 1933 zum Industrie und Handelskammer-Präsidenten berufen und verdrängte seinen jüdischen Vorgänger. Bereits 1933 wurde er von Gauleiter Kube zu seinem Gauwirtschaftsberater mit weitgehend freier Hand ernannt. 1935/ 36 wurde er engster Mitarbeiter von Wilhelm Keppler, dem Wirtschaftsbeauftragten Hitlers.

Um Rohstoffmangel in der Textilindustrie auszuweichen ließ er in Cottbus an der Höheren Fachschule für Textilindustrie die Kunstfaser Zellwolle entwickeln und gewann die mittelständische Industrie als Abnehmer des neuen Rohstoffs. Er setzte den Bau von 4 neuen Werken auf der grünen Wiese durch und schuf damit in strukturschwachen Regionen die politisch dringend gewünschten Arbeitsplätze, bis diese wenig später zu Orten der Ausplünderung von Kolonnen ausländischer Zwangsarbeiter wurden.

1938 übernahm er die Textilabteilung im Reichswirtschaftsministerium, ab November 1943 leitete er das Rohstoffamt im Reichswirtschaftsministerium, später wurde er Präsident des Rüstungsamtes beim Generalbevollmächtigten für Rüstungsaufgaben Albert Speer. Nach Kriegsbeginn war er verantwortlich für die Nutzung der Rohstoffe in den besetzten Gebieten und an verbrecherischen Vermögenstransaktionen im Rahmen der Umsiedlungspolitik beteiligt. Ab 30. Januar 1944 wurde er SS-Brigadeführer beim Stab des SS-Hauptamtes.

In der letzten Kriegsphase war er quasi der „Generalstabschef“ Speers und der eigentliche Organisator der deutschen Kriegswirtschaft und Rüstung. Nach einem „Endsieg“ wäre er wohl Wirtschaftsminister eines „Großgermanischen Reiches“ geworden. Als Unternehmer war er in höchste staatliche Machtposition des Naziregimes gelangt und wurde im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß verurteilt.

1951 wurde er aus der Haft entlassen – ein Wiederaufstieg im westdeutschen Wirtschaftswunder blieb ihm verwehrt.

Sturmabteilung (SA)

Wie alle anderen Organisationen der NSDAP war auch die die paramilitärische Kampforganisation der NSDAP, die Sturmabteilung (SA) in Cottbus vertreten. Sie ging – insbesondere nach der Machtübernahme – hart gegen politische Gegner vor und verhaftete und folterte diese. Ebenso wurde die Reichspogromnacht durch die SA in Cottbus durchgeführt.

„Unternehmen Cottbus“ – ein Kriegsverbrechen

Über ein Vorkommnis berichtet im „Cottbuser Anzeiger“ am 28. Januar 1933: „Von der SS-Veranstaltung „Appell der alten Garde“ im Lokal „Neu Helgoland“ grölten angetrunken heimgehende 30 -35 SS-Leute in der Dresdner Str. „Deutschland erwache“. Ihnen begegnende Gewerkschafter riefen von der anderen Straßenseite „Freiheit“, worauf sie durch SS-Leute in eine Prügelei mit schweren Kopfverletzungen verwickelt wurden. Der Gewerkschaftssekretär Brähmig erlitt einen lebensgefährlichen Lungenstich.“

Am 1. April 1933 setzte die SA den Boykott gegen jüdische Geschäfte durch und ließ Kunden und „arische“ Angestellte nicht in die Geschäfte. An den Schaufenstern der jüdischen Geschäfte klebten leuchtend-gelbe Plakate mit schwarzer Aufschrift „Wer beim Juden kauft, ist ein Verräter am deutschen Volk“ und das so dicht, dass die Ware nicht mehr sichtbar war. Die Plakate klebten auch an Häuserwänden, wo man glaubte, dass dort jüdische Bürger wohnten.

Ende Juni bis Ende Juli 1933 setzte eine große Verhaftungswelle in Cottbus und den Nachbarorten ein. Die Verhafteten wurden zunächst in die SA-Kaserne am Ostrower Damm gebracht. Sie wurden dort mit Stockschlägen und Stiefeltritten traktiert, um Geständnisse zu erpressen. (Zwei der Schläger, ein SS-Mann und ein SA-Angehöriger, konnten 1945 gefasst werden und wurden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt)

Die SA-Sturmabteilungen befanden sich in Cottbus: Gerichtsplatz 3, Mühlenstraße 46, Lieberoser Straße 26, Thiemstraße 140 und Amalienstraße 10. Die Geschäftsstelle der SS-Standarte 27, III. Sturmbann (Ehrenführer Wilhelm Kube), war in der Vetschauer Str. 7-8.

Zu Zeiten des Dritten Reiches musste die Stadt Cottbus als Namensgeber für eine Aktion gegen weißrussische Partisanen herhalten. „Unternehmen Cottbus“ nannte sich das, was sich von 20. Mai 1943 bis 30. Mai 1943 hinein zugetragen hat. Die deutschen Okkupanten versuchten dabei ein Gebiet ca. 140 Kilometer nördlich von Minsk von Partisanen zu säubern – in einem Gebiet, wo Wilhelm Kube (Ex-Gauleiter Brandenburg) Generalkommissar war.

Am 31. Juli 1942 erließ der SS- Reichsführer Heinrich Himmler einen Sonderbefehl, wonach, aus „psychologischen Gründen“ das Wort „Partisan“ nicht mehr zu gebrauchen sei. So wurden Partisanen zu Banditen und zu kriminellen Verbrechern. Somit begannen faschistisches Heer und Luftwaffe, gemeinsam mit Einheiten von SS und Polizei mit ihrem „Unternehmen Cottbus“. Bei der „Bandenbekämpfung“ zeichneten sich insbesondere SS-Einheiten durch ein radikalisiertes Vorgehen aus. Eine dieser SS-Truppen war das Sonderbataillon von Oskar Dirlewanger. Von ihnen berichtete sein Mittäter in der Sache „Unternehmen Cottbus“, SS-Brigadeführer Curt von Gottberg in seinem Einsatzbericht u.a.: „[…] Wenn bei 4.500 Feindtoten nur 492 Gewehre erbeutet wurden, dann zeigt dieser Unterschied, dass sich auch unter diesen Feindtoten zahlreiche Bauern des Landes befinden. Besonders das Bataillon Dirlewanger ist dafür bekannt, dass es zahlreiche Menschenleben vernichtet. Unter den 5.000 Bandenverdächtigen, die erschossen wurden, befinden sich zahlreiche Frauen und Kinder. […]“.

Zudem haben die Nazis mit Dirlewanger tatsächlich jemanden mit einer kriminellen Vergangenheit in den Krieg geschickt. Sein Vorstrafenregister wies Einträge über Landfriedensbruch und über die Verführung einer Minderjährigen aus, seinen Doktortitel verlor er dadurch auch.

Offiziellen Zählungen zufolge sollen im „Unternehmen Cottbus“ 9.796 Menschen ermordet worden sein, 6.053 Einwohner wurden zur Zwangsarbeit verschleppt und 2.000-3.000 Zivilisten sterben, als sie von den SS-Kommandos über Minenfelder getrieben werden – Minensuchgerät wurde dies genannt. Das reichte Dirlewanger offenbar nicht, denn der einstige Wirtschaftsprüfer Dirlewanger meldete allein 14.000 Tote für die blutige Bilanz von „Unternehmen Cottbus“ beigetragen zu haben.

Letztendlich kam der SS-Offizier im Juni 1945 in französischer Kriegsgefangenschaft ums Leben. Ehemalige polnische Zwangsarbeiter sollen ihn zuvor schwer misshandelt haben. Noch ein Jahr davor war Dirlewangers Soldateska an der Ermordung tausender Zivilisten bei der Niederschlagung des Aufstandes im Warschauer Ghetto beteiligt.

Zurück zum „Unternehmen Cottbus“ selbst: Danach waren in Weißrußland ganze Landstriche entvölkert. Sogenannte „tote Zonen“ blieben zurück. Menschen wurden in Scheunen getrieben und lebendig verbrannt. 113 Ortschaften wurden zerstört.



Quellen:
Bei den Biografien handelt es sich im Wesentlichen um Zusammenstellungen aus verschiedenen online-Quellen, darunter (belegte) Wikipedia – Artikel und diverse digitalisierte Veröffentlichungen, bspw. die „Vierteljahreshefte zur Zeitgeschichte“ (für Kube: www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1956_1.pdf), der Teil des „Unternehmens Cottbus“ stammt von René Lindenau. Darüber hinaus wurde u.a. folgende Literatur verwendet:
Weiß, Hermann (Hrsg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt am Main, 1998
Müller, Rolf-Dieter: Hans Kehrl - Ein Parteibuch-Industrieller im „Dritten Reich“?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1999/2, Akademie Verlag, Berlin 1999

Inhaftiert im Frauenzuchthaus Cottbus: Frauen im Widerstand
von Hertha Venter

Der 70. Jahrestag der Befreiung ist auch Anlass der Frauen zu gedenken, die im Dritten Reich Widerstand gegen den Nationalsozialismus leisteten und im Frauenzuchthaus Cottbus inhaftiert waren. Zwar wurde häufig von „Männern und Frauen im Widerstand“ gesprochen, dennoch wurden Frauen lange Zeit nicht als Widerstandskämpferinnen wahrgenommen. Aktives politisches Handeln wurde mit Männlichkeit gleichgesetzt und Frauen waren somit nur Helferinnen der Männer und nicht selbstständig Handelnde.

Neuere Forschungen haben ergeben: Im Dritten Reich widersetzten sich Frauen aus allen sozialen, kulturellen und politischen Schichten dem Führungsanspruch der Nazis. Zuerst waren es politisch organisierte Frauen aus der Arbeiterbewegung, die sich gegen das faschistische Regime wehrten. Christinnen gehörten dazu und Frauen, die aus ihrer humanistischen Überzeugung heraus die Herrschaft der Unmenschlichkeit bekämpften. Mit der Ausweitung von Terror, Verfolgung und Mord erfasste der Widerstand weitere Teile der Bevölkerung. Frauen beteiligten sich an allen Aktionen des Widerstandes. Diese Frauen hatten nicht die Möglichkeit das Regime zu stürzen, den Krieg zu verhindern oder zu beenden, dennoch sahen die Nationalsozialisten in ihnen eine ernsthafte Bedrohung der „Volksgemeinschaft“. Deshalb wurden Frauen ebenso wie männliche Widerstandskämpfer verfolgt, inhaftiert und ermordet.

Am 21. März 1933 wurden reichsweit Sondergerichte eingeführt. Diese Sondergerichte waren Gerichte außerhalb der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Bekannt wurden sie vor allem als Teil der NS-Justizverbrechen, wo sie durch die massenhafte Verhängung von Todesstrafen bzw. langjährigen Zuchthausstrafen oder Inhaftierung in Konzentrationslagern wegen meist geringfügiger Delikte hervortraten. Fast 10.000 Menschen ließ das NS-Regime wegen geringer Delikte hinrichten - mit Hilfe willfähriger Juristen an Sondergerichten.

Durch Erlass des Generalstaatsanwaltes beim Kammergericht Berlin vom 13. Januar 1939 wurde das Frauengefängnis Cottbus in der Bautzner Straße in ein Frauenzuchthaus umgewandelt. Eine Hauptbestimmung war die strenge Isolierung politischer Gefangener von der Außenwelt. Es betraf Frauen und Mädchen aus Deutschland und mehreren europäischen Ländern.

Ab 1942 war das Frauenzuchthaus ein Durchgangslager für Frauen aus Frankreich, Belgien, Holland, Norwegen und Dänemark, die Widerstand gegen die Nazis und die Besetzung ihrer Länder geleistet haben. Durch den sogenannte Nacht-und Nebel-Erlass wurden sie von Wehrmachtsangehörigen gefangen genommen und nach Deutschland deportiert. Im November 1942 waren im Frauenzuchthaus Cottbus 693 Frauen inhaftiert.

Deutsche Konzerne industrialisierten die Zuchthausarbeit. Zunächst konzentrierte sich die Produktion auf die Aufarbeitung von Häftlings- und Wehrmachtskleidung. Später wurden Produktionsabteilungen geschaffen zur Herstellung von Matratzen und Gasmaskenfiltern.

Im letzten Kriegsjahr, vor der nahenden Front, wurden politische Gefangene aus dem Frauenzuchthaus verlegt: z.B. polnische politische Gefangene in das Vernichtungslager Auschwitz und rund 200 westeuropäische Gefangene in das KZ Ravensbrück.

Am 15. Februar 1945 wurde Cottbus bombardiert. Das Frauenzuchthaus wurde getroffen, vermutlich sind dabei rund 100 Frauen aus dem Gefängnis ums Leben gekommen. Es wird davon ausgegangen, dass zu diesem Zeitpunkt 1.100 Gefangene im Frauenzuchthaus inhaftiert waren. Nach der teilweisen Zerstörung des Zuchthauses wurden etwa 250 Gefangene, die nur noch kurze Strafreste abzusitzen hatten, freigelassen und 200 Häftlinge in Außenarbeitsstellen untergebracht.
Die zu langjährigen Zuchthausstrafen Verurteilten wurden nach Waldheim oder Bayreuth verlegt.

Drei Frauen, die als Widerstandskämpferinnen selbständig handelten und denen zu Recht ein Ehrenplatz in der Geschichte des deutschen Widerstandes gebührt, waren im Frauenzuchthaus Cottbus inhaftiert und sollen hier – stellvertretend – vorgestellt werden.



Johanna Kirchner, geb. Strunz (* 24. April 1889 in Frankfurt am Main; † 9. Juni 1944 in Berlin-Plötzensee) war eine deutsche Widerstandskämpferin in der Résistance.

Johanna Kirchner kam aus einer sozialdemokratischen Familie. Mit 14 Jahren schloss sie sich der Sozialistischen Arbeiter-Jugend an und mit 18 trat sie in die SPD ein. Sie war in Frankfurt am Main befreundet mit Eleonore (Lore) Wolf, die einen ähnlichen Lebensweg nahm.

Kurz nach der Geburt ihrer Tochter Lotte heiratete sie 1913 den Sozialdemokraten Karl Kirchner. Während des Ersten Weltkriegs engagierte sich die Mutter von zwei Töchtern in der kommunalen Wohlfahrtspflege und danach beim Aufbau der 1919 gegründeten Arbeiterwohlfahrt.

1933 musste die engagierte Antifaschistin untertauchen, da der Gestapo ihre Mithilfe bei der Befreiung eines

Nazigegners bekannt wurde und sie verhaftet werden sollte. Sie flüchtete nach Saarbrücken, das damals noch französisch besetzt war. Dort leitete sie das Saarflüchtlingskomitee, schrieb Pläne und Berichte für den SPD-Exilvorstand und produzierte und verbreitete illegale Flugblätter. Nachdem 1935 das Saargebiet an Hitlerdeutschland angeschlossen worden war, floh Johanna Kirchner weiter nach Forbach, Metz und schließlich Paris. Auch von hier aus unterstützte sie den Widerstand in Deutschland.

Obwohl Johanna Kirchner der SPD angehörte und ihre langjährige Freundin Lore Wolf illegale Arbeit für die KPD leistete, arbeiteten sie im Saargebiet eng zusammen als sie die Emigration vieler Funktionsträger der Arbeiterbewegung aus dem Reich organisierten. Damit verwirklichten sie nach Ansicht von Wolfgang Abendroth „die Einheit der Arbeiterbewegung in der antifaschistischen Arbeit".

Die Gestapo verlangte von den französischen Behörden die Auslieferung, die im Juni 1942 erfolgte.
Im Mai 1943 wurde Johanna Kirchner vom Volksgerichtshof in Berlin wegen Landesverrats zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt und wurde ins Frauenzuchthaus Cottbus eingeliefert.

Nach der von ihr verlangten Aufhebung der Haftstrafe verurteilte sie der Volksgerichtshof nach einem halbstündigen Verfahren am 21. April 1944 zum Tode – das Urteil wurde nach 49 Tagen Haft in Plötzensee am 9. Juni 1944 vollstreckt.



Johanna Melzer, (* 7. August 1904 in Oberwaldenburg; † 3. Oktober 1960 in Berlin) war Arbeiterin und Abgeordnete, Mitglied der KPD und Widerstandskämpferin im Ruhrgebiet.

1918 besuchte Melzer die Handelsschule, im Jahr 1923 wurde sie Mitglied des Kommunistischen Jugendverbands Deutschland. Ein Jahr darauf wurde sie Mitglied der KPD sowie Mitglied der Bezirksleitung im Ruhrgebiet, ab 1930 war sie dann auch Mitglied der Bezirksleitung Erfurt. Wegen illegaler Tätigkeiten in Dortmund/Ruhrgebiet während des Jahres 1933 erfolgte ihre Verhaftung am 26. August 1934. Im Jahr 1935 wurde sie im anschließenden Prozess zu 15 Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Von 1939 bis 1944 war Johanna Melzer im Frauenzuchthaus Cottbus inhaftiert und bekam den Namen „Eiserne Johanna", da sie beharrlich schwieg und keine belastenden Aussagen machte, obwohl sie Wochen in Handfesseln gehalten wurde.

Nach ihrer Befreiung durch die Alliierten kehrte sie nach Dortmund zurück und wurde dort Mitglied der Bezirksleitung der KPD Ruhr. Von 1947 bis 1950 war Johanna Melzer Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen. Sie war zudem Mitbegründerin des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD) in der Bundesrepublik und Mitglied des Bundesvorstandes. Wegen ihres Engagements gegen die Re-Militarisierung der BRD hatte sich Johanna Melzer 1952 erneut einem Gerichtsverfahren zu stellen. Sie wurde beschuldigt, Flugblätter mit der Überschrift „Alliierter Plan für Wehrmacht fertig" gedruckt zu haben, in denen zur Durchführung einer Volksbefragung aufgerufen wurde. 1953 entzog sie sich einem erneuten Haftbefehl, bevor sie 1956 in die DDR übersiedelte.

Erna Stahl, (* 15. Februar 1900 in Hamburg; † 13. Juni 1980 in Hamburg) war eine deutsche Reformpädagogin, lehrte an der Lichtwark-Schule in Hamburg Deutsch und Geschichte und gehörte zum Umfeld der Weißen Rose Hamburg.

Erna Stahl hatte den Mut, den Schülern Inhalte zu vermitteln, die damals auf dem Index standen. Auf privaten Leseabenden machte sie die Schüler mit verbotenen Dichtern wie Hugo von Hoffmannsthal oder Thomas Mann bekannt, deren Bücher am 10. Mai 1933 von den Nazis verboten und verbrannt wurden.
1933 erschien ein „Führer durch die Ausstellung Entartete Kunst", in der Maler wie Paul Klee, Emil Nolde, Otto Dix geächtet wurden. Die Ausstellung sollte den „Kunstbolschewismus" beenden. Erna Stahl antwortete darauf, indem sie den Schülern auch die Bilder der Expressionisten, den „Blauen Reiter" und die „Brücke" nahe brachte. Als sie Ostern 1935 gar eine Klassenreise nach Berlin organisierte, um den Schülern die Originale in den dortigen Museen zeigen zu können, musste sie die Lichtwark-Schule verlassen.
1943 wurde Erna Stahl zum ersten Mal verhaftet, 1944 zum zweiten Mal und ins Gefängnis Hamburg Fuhlsbüttel verbracht und weiter in das Frauenzuchthaus Cottbus transportiert, wo der Volksgerichtshof tagen sollte. Vor der herannahenden Roten Armee wurde Erna Stahl Anfang 1945 weiter nach Bayreuth verlegt. Hier wurde ihr die Anklageschrift vom 23. Februar 1945 zugestellt. Diese enthielt die Anklagepunkte: Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung, Wehrkraftzersetzung, Rundfunkverbrechen, planmäßige Verseuchung der Jugend. Angesichts dessen musste Erna Stahl mit der Todesstrafe rechnen. Am 14. April 1945 wurde sie jedoch zusammen mit anderen Häftlingen von amerikanischen Truppen befreit, während am 17. April 1945 in dem noch nicht befreiten Hamburg der Prozess vor dem dort tagenden Volksgerichtshof stattfand, allerdings in Abwesenheit der Angeklagten.



„Jüdisches“ Leben und Sterben

Der älteste Nachweis von Juden in Cottbus stammt aus dem Jahr 1448 und danach lassen sich Menschen mit jüdischem Glauben durch alle Zeiten nachweisen. Ab 1814 war es durch die Regierung untersagt, Verstorbene über weite Strecken zu transportieren. Somit war es nicht mehr möglich Cottbuser Juden auf dem Friedhof im etwa 50 km entfernten Friedland zu beerdigen. So wurde 1814 ein eigener jüdischer Friedhof in Cottbus an der Straße der Jugend angelegt (alter jüdischer Friedhof). Eine jüdische Gemeinde gründete sich in Cottbus jedoch erst im Jahr 1858 und umfasste die Gebiete Cottbus, Luckau, Calau und Spremberg. 1866 gehörten der Gemeinde 31 Personen an.

1902 wurde die Synagoge für 300 Gottesdienstbesucher an der heutigen Karl-Liebknecht-Straße 132 (früher Jahrstraße) eingeweiht. Die Gemeinde hatte zu diesem Zeitpunkt 90 Mitglieder. Insgesamt lebten um die Jahrhundertwende rund 350 Menschen mit jüdischen Wurzeln in Cottbus. Im Jahr 1917 wurde an der Dresdener Straße ein neuer Jüdischer Friedhof angelegt, denn der bisherige Friedhof an der Straße der Jugend hatte seine Kapazitätsgrenzen erreicht. Die Feierhalle des Friedhofs wurde 1929 im Stil der neuen Sachlichkeit errichtet.



1902 wurde die Synagoge in Cottbus für 300 Gottesdienstbesucher an der heutigen Karl-Liebknecht-Straße 132 eingeweiht – in den Pogromen der Reichskristallnacht wurde sie zerstört.

Verfolgung und Entrechtung

Bereits im Jahr 1933 begannen die systematische Ausbeutung, Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung jüdischer BürgerInnen in Deutschland durch die Nationalsozialisten. Auswirkungen dieser Verfolgung und Diskriminierung waren bis ins kleinste Dorf zu spüren. Allein in diesem Jahr wurden 315 Gesetze und Verordnungen zu ihrer Entrechtung erlassen. Bei der Ortspolizeibehörde Cottbus wurde die Abteilung VI gegründet, die nur für sogenannte „Judenangelegenheiten“ zuständig war.

Am 31. März 1933 erschien im „Cottbuser Anzeiger“ ein Boykottaufruf „Wer beim Juden kauft, ist ein Verräter am deutschen Volke“, der ab dem 1. April gelten sollte. Der Aufruf galt neben Läden auch Anwälten sowie Ärzten. Der Boykott wurde von SA-Männern kontrolliert, die vor den Geschäften vor „dem Judem“ warnten und auch „arische“ Angestellte nicht durchließen. Die Zahl der Kunden und Klienten ging drastisch zurück. Ebenso wurde verfügt, dass beinahe alle jüdischen Anwälte nicht mehr arbeiten durften. Darüber hinaus wurden Staatsdiener, Angestellte etc. gekündigt sowie Fabriken und Häuser zunehmend enteignet und „arisiert“.

Vielen jüdischen Menschen wurde so die materielle Lebensgrundlage entzogen. Gleichzeitig wurde die Auswanderung forciert. Und viele Juden versuchten dem Druck zu folgen und aus der Naziherrschaft zu entkommen. So emigrierten am 1. Oktober 1936 34 Juden aus Cottbus, hauptsächlich nach Südafrika und Brasilien. Dies war mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden und nicht selten wurden auswanderungswillige Menschen vor Aushändigung ihres Visums deportiert. So versuchte der Pianist Siegfried Bernstein verzweifelt nach China zu emigrieren, wurde aber 1942 in das Warschauer Ghetto deportiert, von wo er weiter in das Todeslager Treblinka gebracht wurde.

Nach Verabschiedung der Nürnberger Rassegesetze verschärfte sich die Lage erneut. Und in Cottbus erfolgte am 14. Dezember 1936 die Polizeiverordnung über die „Feststellung der Wahlberechtigten“ aller ansässigen „reichsdeutschen Nichtarier“ und sog. „Mischlinge“. Daraufhin wurde der damalige Vorsteher der Synagogengemeinde, Georg Schlesinger von der Ortspolizeibehörde aufgefordert, eine Liste mit sämtlichen Mitgliedern der Gemeinde und ihrer Verwandten zu erstellen. Laut dieser Liste lebten zum damaligen Zeitpunkt 334 jüdische BürgerInnen in Cottbus, 87 Kinder, 128 Frauen, 119 Männer und 98 Menschen ohne deutschen Pass.

In der „Reichskristallnacht“ am 9. November 1938 wurde auch in Cottbus die Synagoge niedergebrannt und der alte jüdische Friedhof geschändet. Darüber hinaus wurden Geschäfte geplündert und abgebrannt. So wurden die Haushaltswaren-, Leder- und Schuhgeschäfte in der Burgstraße, Wallstraße (heute Friedrich-Ebert-Straße), Bahnhofsstraße, der Lausitzer Straße und der Bismarckstraße (heute Wernerstraße) überfallen. Auch Büros und Arztpraxen wurden durch die SA verwüstet, beispielsweise die Anwaltskanzlei Hammerschmidt in der Bahnhofsstraße. Vor allem wohlhabende Männer wurden verhaftet und rund 30 von ihnen in das KZ Sachsenhausen deportiert. Darunter waren auch der Rechtsanwalt Hammerschmidt, der aus dem Bett heraus verhaftet wurde, oder der – eigentlich mittellose – Siegfried Bernstein, die beide aber zunächst wieder nach Cottbus zurückkehrten. Andere Gefangene wurde freigelassen, nachdem ihre Familien Teile ihres Besitzes überschrieben hatten.

Deportation

Nach Selbstmorden, Verhaftungen und Emigration lebten im Juni 1939 noch 162 Juden in der Stadt. Die jü-

dische Bevölkerung wurde ab Herbst zunehmend gezwungen, in sogenannten „Judenhäusern“ zusammenzuleben. Dort sollten sie „durch das wachsame Auge der gesamten Bevölkerung“ (Reinhard Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamtes) kontrolliert werden. In Cottbus befanden sich diese in der Münzstraße 42, Rossstraße 27, Kaiserstraße 5 (ausschließlich für alte Menschen), Mühlenstraße 37, Dresdener Str. 55 und Wallstraße 9. Der Zustand der Häuser war meist schlecht, so war das alte Haus in der Münzstraße 42 vorher für „Sittendirnen“ als nicht geeignet befunden worden.

Die Zusammenfassung der Juden in Judenhäusern erleichterte auch die Deportationen, die ab 1940 verstärkt stattfanden. Im April 1942 wurde eine größere Gruppe jüdischer BürgerInnen ins Warschauer Ghetto gebracht. Der letzte Deportationszug verließ Cottbus am 24. August 1942 nach Theresienstadt. Mit ihm wurden Synagogenvorsteher Georg Schlesinger sowie alle BewohnerInnen der Rossstraße 27 und der Münzstrasse 42 deportiert. In den Waggons des Zuges waren insgesamt 764 Menschen zusammen gepfercht – von ihnen haben nur 31 den Holocaust überlebt. Unter den Deportierten befand sich auch die 91jährige Johanna Blankenstein, die am 24. Oktober 1942 in Theresienstadt starb. Am 26. Oktober 1942 fuhr der erste Transport aus Theresienstadt nach Auschwitz. Es waren 1.866 Personen, davon 105 Kinder. 1.619 wurden vergast. Auschwitz ist nun das Ziel aller künftigen Transporte.



In Cottbus erlebten lediglich 12 jüdische Menschen die Befreiung – sogenannte „Mischehen“ hatten sie vor der Deportation geschützt. Es ist nicht bekannt, dass es im Untergrund Überlebende gab. Lediglich Wolfgang Hammerschmidt, „Mischling“ und Sohn des Rechtsanwalts Hermann Hammerschmidt, floh aus der Zwangsarbeit in Frankreich, versteckte sich monatelang und erlebte das Kriegsende in Berlin als Befreiung.



Das Tragen des Judensterns wurde ab 1941 Pflicht. Foto: Daniel Ullrich

Einzelschicksale

1933 nahm sich der jüdische Kinderarzt Gustaf Matzdorf gemeinsam mit seiner Frau das Leben. Die Häuser in denen sie zur Miete wohnten bzw. ihre Praxis hatten, und die ebenfalls in jüdischem Besitz waren, gingen Ende der 30er Jahre in städtischen Besitz über.

Nach den Pogromen am 09. November 1938 werden Alfred und Bruno Konschewski verhaftet. Sie starben in KZ–Haft am 19.12.1939 und am 24.12.1938.

Arthur Israeliski wird gezwungen, die Wohnung in der Bismarckstraße 2 aufzugeben und in das Judenhaus Mühlenstr. 37 zu ziehen. Herr Israeliski und seine Frau Elfriede werden am 24. August 1942 in das Ghetto Theresienstadt deportiert. Arthur Israelski starb dort am 16. Mai 1944. Seine Frau wurde im Oktober 1944 ins Vernichtungslager Auschwitz transportiert. Auch der Sohn Horst ist in Auschwitz verschollen.

Die Schülerin Anni Fuchs, wohnhaft am Altmarkt 29 wird nach Schweden geschickt und später in ein Internat nach England. Ihre Mutter, Rosa Fuchs, wird am 27. Februar 1943 in Theresienstadt ermordet. Ihr geschiedener Mann, Arthur Goldstein, stirbt Ende 1942 im Ghetto Piasti bei Lublin. Seinem Bruder Richard Goldstein (Bahnhofstraße 7, Inhaber der Speditionsfirma Franz Dehnicke) wird im Februar 1941 die Staatsbürgerschaft aberkannt und sein Vermögen eingezogen. Er stirbt am 10. Januar 1943 in einem Internierungslager in Italien, während er auf seine Genehmigung zur Einreise nach Palästina wartet. Seine Frau Else Goldstein erreicht nach zwei Jahren Irrfahrt Palästina.

Anmerkungen:

Ein Dank gebührt den Menschen, die die Erinnerung an Vertreibung und Mord so lange aufrechterhalten und immer wieder recherchiert haben. Wesentliche Daten und Fakten dieses Artikels sind der „Jüdischen Geschichte in Cottbus - Teil II“ auf www.mybrandenburg.net/node/69 (creative commons) entnommen, die so scheinbar auch auf der Internetseite www.juedische-gemeinde-cottbus.de Verwendung fanden. Die Daten wurden ergänzt durch verschiedene Artikel der Lausitzer Rundschau zu den Stolpersteinen, die ihrerseits auf verschiedenen Recherchen im Cottbuser Stadtarchiv basieren. Darüber hinaus wurden online-Quellen und folgende Literatur verwendet:
Hammerschmidt, Wolfgang (1995): Spurensuche. Zur Geschichte der Familie Hammerschmidt in Cottbus, Psychosozial-Verlag.
Geschichte und Gegenwart des Bezirkes Cottbus, in: Niederlausitzer Studien, Heft 22/1988, Cottbus 1988, S. 123 f.



Zerstörte Synagoge

Gedanken zum Jahrestag der Befreiung aus sorbischer/wendischer Sicht[1]

Mysli k wulichowanju w maju 1945 ze serbskeje perspektiwy

Um es kurz zu machen: das Ziel der Vorgänge zwischen 1933 und 1945 in ihrer Gesamtheit war, das Wendische aus den Köpfen der Menschen in der Ober- und Niederlausitz gänzlich zu verdrängen. So sollte bspw. eine möglichst flächendeckende Auslöschung slawischer Orts-(teil-), Flur- und Fließnamen in der Lausitz stattfinden.[2] Bestandteil dessen war in der Stadt Cottbus im Jahre 1937 der Vorschlag, annähernd 20 slawische bzw. slawisch klingende Straßenbezeichnungen umzubenennen. Dass diese Vorhaben nicht überall umgesetzt und Letzteres gänzlich fallengelassen wurde, hatte maßgeblich mit dem selbst auferlegten Zeitdruck der NS-Führung in Vorbereitung auf einen Krieg zu tun.

Doch was waren die Folgen?

Ein Ergebnis war, dass Menschen, die dies kritisierten, scharfe Sanktionen erlitten. Die in Cottbus tätige Trachtenstickerin Pawlina Krawcowa (Pauline Krautz) hatte bereits durch die Teilnahme an Ausstellungen in der Tschechoslowakei für Unruhe bei NS-Behörden gesorgt. In einem Bericht der Gestapo von 1937 wurde sie „als frühere eifrige Anhängerin der wendischen Sonderbestrebungen“ charakterisiert, „die heute in geschickter Weise den wendischen Gedanken in Form kleinerer Ausstellungen und Vorträge propagiert“. Ihre Verhaftung und Überstellung ins Cottbuser Frauengefängnis im August 1938 war jedoch maßgeblich Ergebnis der Kritik an obigen Umbenennungen. Nach ihrer Freilassung hatte sie mit Liefer- und Vertriebsbehinderungen zu kämpfen, die schließlich die Aufgabe ihres Geschäfts zur Folge hatten. Im September 1941 verstarb sie 51-jährig an den Nachwirkungen von Haft und Gestapo-Gewahrsam.



In Cottbus in der Sandower Straße, wo das Wohn- und Geschäftshaus von Pawlina Krawcowa stand (heute: Suppenbar), erinnern ein Stolperstein und eine Gedenktafel an die Volkskünstlerin, Foto: Sorbisches Institut Cottbus

Als Weiteres legte im Mai 1940 der Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, der auch Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums war, eine Denkschrift unter dem Titel „Einige Gedanken über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ vor. Diese beinhaltete – mit ausdrücklicher Zustimmung Hitlers – u.a. Folgendes:
„Aber auch innerhalb der Völkerschaften [im nun größeren Reich – P. Sch.] selbst haben wir nicht das Interesse, diese zu Einheit und Größe zu führen, ihnen vielleicht allmählich Nationalbewusstsein und nationale Kultur beizubringen, sondern sie in unzählige kleine Splitter und Partikel aufzulösen. […] Die Bevölkerung des Generalgouvernements setzt sich dann zwangsläufig […] aus einer verbleibenden minderwertigen Bevölkerung, die noch durch abgeschobene Bevölkerung der Ostprovinzen sowie all der Teile des deutschen Reiches [vermehrt werden], die dieselbe rassische und menschliche Art haben (Teile, z.B. der Sorben und Wenden), zusammen. Diese Bevölkerung wird als führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Wanderarbeiter und Arbeiter für besondere Arbeitsvorkommen (Straßen, Steinbrüche, Bauten) stellen.“

Vier Monate später nahm der daran anknüpfende Plan, eine „rege Kulturarbeit“ unter den Wenden in der Lausitz nicht nur zu unterbinden, sondern für dauerhaft auszuschalten, konkrete Gestalt an. Nach Auffassung des Chefs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, Reinhard Heydrich, zählten Lehrer und Pfarrer zu den „aktiven Förderern des Wendentums“, die „eine endgültige Lösung des Wendenproblems“ verhindern würden. Trotzdem jene größtenteils Mitglieder der NSDAP und deren Gliederungen waren, sollten sie aus der zweisprachigen Lausitz ausgewiesen werden. Eine erste Liste vom November 1940 zur Versetzung – möglichst sogar ins Ruhrgebiet – zählte insgesamt 25 Lehrer, 16 davon aus der Niederlausitz. Anfang 1942 zog Hitler jedoch die teils bereits umgesetzte

Anweisung maßgeblich wegen des für Nazideutschland enttäuschenden Kriegsverlaufs im Osten persönlich zurück. Die Politik der Versetzung von Personen, die die „wendisch-nationale Grundrichtung der Wenden bestimmen“, sollte erst nach dem Krieg weiterverfolgt werden.



Beleg für die Integration der Sorben/Wenden in das NS-System war nicht nur die Mitgliedschaft insbesondere von Lehrern und Pfarrern in der NSDAP, sondern auch der Dienst in der Wehrmacht – im Unterschied zu Juden oder auch Sinti & Roma. Das Regime begrüßte anfangs die öffentliche Zur-Schau-Stellung der sogenannten Trachtenmädchen aus dem Spreewald, darunter auch zu offiziellen Anlässen (Reichserntedankfest). Spätestens 1940 wurden die Pflege des wendischen Brauchtums und insbesondere das öffentliche Zeigen der Festtagstracht zu Betriebsfeiern o.ä. untersagt. Abb.: Frauen in wendischer Tracht gemeinsam mit einem Soldaten der Wehrmacht, 1938, Foto: Alfred Roggan

Diese Beispiele zeigen: Am Ende der 1930er Jahre wurde die Situation für bekennende Wenden oder auch Sorben lebensbedrohend. Dazu zählte auch die Domowina mit allen ihr als Dachverband angeschlossenen wendischen Vereinen, die bis zum Betätigungsverbot im März 1937 die kulturellen und politischen Interessen der „Lausitzer Sorben“ vertreten hatte. Der Fokus auf die Eigenbezeichnung ´Sorben´ war auch eine Reaktion auf Anweisungen der Behörden gewesen, die ursprüngliche Fremdbezeichnung ´Wenden´, z. B. ´wendische Tracht´, aus dem Sprachgebrauch zu verdrängen und dafür nur noch von der ´Spreewälder Tracht´ zu sprechen. Der Kriegsverlauf unterbrach die Umsetzung der Pläne zur „endgültigen Lösung des Wendenproblems“, wenngleich sich der Begriff der „Spreewaldkultur“ in das Bewusstsein der Menschen einzubrennen schien.



Auf der Postkarte von 1940 steht: „Spreewaldmädel fahren zum Tanz“ – nichts soll mehr auf slawische Wurzeln hinweisen, später wurde das Tragen der Tracht insgesamt unerwünscht

Das Ende des Zweiten Weltkriegs wurde aber auch deshalb von Sorben/Wenden als Befreiung empfunden, weil ihnen als „minderwertige“ Bevölkerung prophezeit worden war, „in langsamem natürlichen Verschmelzungsprozeß mehr und mehr in einer höheren Einheit“ aufzugehen (Rudolf Lehmann). Die ihnen ebenso unterstellte „Geschichtslosigkeit“ (Rudolf Kötzschke) hatte es erleichtert, Pläne zur Ausschaltung ihrer geistigen Köpfe zu schmieden, um den Einsatz als „führerloses Arbeitsvolk“ zu erleichtern. Die Folgen der Verächtlichmachung und der insbesondere auf Austilgung der wendischen Sprache, Kultur und slawischen Herkunft ausgerichteten Aktivitäten der NS-Behörden saßen derart tief, dass von einer Selbstverwirklichung als Volk unter neuen gesellschaftlichen Verhältnissen nach dem 8. Mai 1945 – sozusagen als zweiter Phase der Befreiung – jahrelang nicht gesprochen werden konnte. Dieser Prozess ist – trotz aller Regelungen und praktischen Fortschritte in den vergangenen sieben Jahrzehnten – für die Sorben/Wenden noch nicht abgeschlossen.

Dr. Peter Schurmann
(= dr. Pětš Šurman)
Historiker am Sorbischen Institut
Cottbus/Chóśebuz

Anmerkungen:

[1]Historiker des Sorbischen Instituts Bautzen mit der Zweigstelle Cottbus befassen sich u.a. mit Fragen, die die Geschichte des Nationalsozialismus betreffen. Für diesen Zeitabschnitt gibt es Forschungsbedarf, der insbesondere daraus resultiert, historische Vorgänge auch mit Hilfe einer verflechtungsgeschichtlichen Sichtweise zu beschreiben.

[2]Diese Ergebnisse liegen uns Dank der Forschungen von Udo Bauer und Gero Lietz vor.

Zwangsarbeiter

Während des Zweiten Weltkrieges war die deutsche Wirtschaft darauf angewiesen, Zwangsarbeiter im großen Stil auszubeuten, um das gewohnte Leben der Deutschen aufrecht zu erhalten und den Krieg weiterführen zu können. Im Jahr 1944 waren rund 46 Prozent der in der Landwirtschaft und 36 Prozent der im Bergbau Beschäftigten ausländische Zwangsarbeiter. Einzelne Industriebetriebe, mit einem besonders hohen Anteil von Arbeiten für Ungelernte oder Hilfsarbeiter, wiesen einen Anteil von 80 Prozent Zwangsarbeiter auf.

Schon Ende 1938 gab es einen Fehlbedarf von einer Million Arbeitskräften in Deutschland. Aus ideologischen Gründen sah man davon ab, reguläre Arbeit von Frauen einzuführen. So beschloss man, „Fremdarbeiter" im großen Stil einzusetzen. In Cottbus waren die Nutznießer vor allem die Reichsbahn, die Mechanischen Werke und die Focke-Wulf-Flugzeugwerke.

Zwangsarbeiter wurden anfangs noch in anderen Ländern angeworben – auch den von der Wehrmacht besetzten Gebieten. Sie kamen aus Polen, Italien, Jugoslawien, Ungarn, Bulgarien und den Niederlanden. Ihnen wurden gute Verdienstmöglichkeiten versprochen. In den späteren Kriegsjahren wurde die Bevölkerung in weiten Teilen zwangsrekrutiert. Schon ab 1939 wurden Gesetze erlassen, die ein Sonderrecht für Ausländer einführte, sowie Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Arbeitskräfte drastisch veränderten. Zwangsarbeiter konnten aber auch Kriegsgefangene sein, die freigelassen und nach einer gewissen Zeit von der zivilen Verwaltung überwacht wurden. In Cottbus waren dies beispielsweise französische Offiziere, die auf Ehrenwort entlassen wurden und als Straßenbahnfahrer arbeiteten.

Hier soll die Situation der polnischen Zwangsarbeiter in der Lausitz vorgestellt werden. Ihr Schicksal war hart, aber die Lebenssituation vor allem der Arbeiter aus der Sowjetunion, sogenannter „Ostarbeiter", war deutlich härter, während die Arbeiter aus Westeuropa deutlich besser behandelt wurden.

Im Oktober 1939 gab es in den Lagern der Niederlausitz bereits 7.000 Gefangene, die in der Landwirtschaft eingesetzt wurden. Es waren vor allem Tschechen, die sich gegen die Okkupation gewehrt hatten und polnische Kriegsgefangene.

Ab Januar 1940 galten die sogenannten „Polenerlasse", die ein umfassendes System der Überwachung und Unterdrückung schufen. Ab April desselben Jahres galt eine Arbeitspflicht für die Polen aller Jahrgänge in Deutschland und ab Juli 1940 wurden die polnischen Kriegsgefangenen zu „Zivilarbeitern", um in den Lagern Platz für französische Kriegsgefangene zu schaffen.

Hauptgrund für diese Erlasse war, dass die ausländischen Arbeitskräfte besser ausgebeutet, eine Verbrüderung zwischen Deutschen und Polen aber verhindert werden sollten. Dazu wurde auch der Druck auf die deutsche Bevölkerung erhöht, die mit den Zwangsarbeitern zu tun hatten. 1940 gab es in der Niederlausitz die ersten Verurteilungen von Personen wegen des verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen. Das waren vor allem Bauern und Arbeiter, die mit den Gefangenen zusammen gearbeitet hatten und aus „allgemeinmenschlichen" Erwägungen gegen Bestimmungen verstoßen hatten. Polnischen Kriegsgefangenen war es beispielsweise verboten, einen ungehinderten Briefwechsel mit ihren Verwandten zu führen. Deutsche betätigten sich deshalb sehr oft als Vermittler des Briefwechsels.

Der Oberbürgermeister von Cottbus und andere Verwaltungseinrichtungen wie die Staatspolizeistelle Frankfurt an der Oder erarbeiteten zahlreiche Verordnungen, Befehle, Erlasse und Richtlinien aus, welche die Rechte der Wachmänner und Lagerführer erweiterten und das Leben der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter immer stärker einschränkten. So sollte die Unterkünfte für Arbeiter aus den „altrussischen" Gebieten besonders beaufsichtigt werden können: Unterkünfte sollten verschließbar und gut zu überwachen sein. Weil Fahrräder und Kähne mehrmals zur Flucht eingesetzt worden seien, weil sie für jedermann zugänglich gewesen seien, müssten diese stärker gesichert werden. In Jagdhütten, Schützenhäusern und ähnlichen alleinstehenden Häusern durften keine Waffen und Munition, aber auch keine Lebensmittel und Kleidung aufbewahrt werden.

Ab Januar 1941 wurde den Deutschen Umgang und Gespräche mit Kriegsgefangenen verboten und sie durften samt ihren Unterkünften nicht mehr fotografiert werden. Es war untersagt, den Kriegsgefangenen für besonderen Fleiß zu belohnen oder ihnen Briefpapier und –marken zu besorgen. Deutsches Geld in Form von Trinkgeldern oder des Lohnes galt als Fluchtmittel, und wer es ihnen dennoch gab, wurde des Landesverrats bezichtigt.

Im Juli 1942 erschien dann das Merkblatt „Pflichten der Zivilarbeiter und –arbeiterinnen polnischen Volkstums während des Aufenthaltes im Reich". Darin wurden sie zu Sklaven degradiert: Das Verlassen des Aufenthaltsortes wurde ihnen streng verboten; wenn die Polizei ein Ausgehverbot verfügte, durften sie ihre Unterkünfte nicht mehr verlassen; öffentliche Verkehrsmittel durften nur mit besonderer Genehmigung genutzt werden; alle Polen mussten sichtbar und fest aufgenäht auf der rechten Brustseite das Nationalitätenabzeichen tragen.

Wer „lässig" arbeitete oder die Arbeit niederlegte wurde mit Zwangsarbeit im KZ bestraft. Jeder gesellige Verkehr und der Besuch des Gottesdienstes gemeinsam mit Deutschen war verboten. Annäherung oder gar sexueller Umgang mit „Deutschen" wurde mit dem Tode bestraft.



Sogenanntes Polenabzeichen, Foto: Jocian, Wikicommons

Am 8. März 1943 berieten im Neuen Rathaus Vertreter der Schutzpolizei, der Geheimen Staatspolizei, des Sicherheitsdienstes, der Kriminal- und Verwaltungspolizei über eine effektivere Kontrolle der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter in Cottbus. Es wurden dabei Pläne für ein Barackenlager für 5.000 Personen entwickelt.

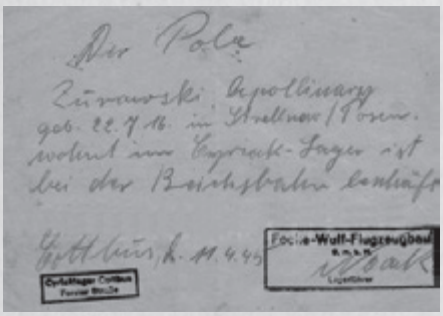
Davon versprachen sich die Verantwortlichen nicht nur eine bessere Kontrolle der Zwangsarbeiter sondern auch eine Verbesserung auf dem Wohnungsmarkt. So sollten vermehrt möblierte Zimmer frei werden, die Mietpreise sollten gedämpft werden, aber es sollte auch verhindert werden, dass deutsche Frauen gemeinsam mit Ausländern in den Geschäften anstanden.

Der Cottbuser Oberbürgermeister von Baselli trat kaum einen Monat später für eine schärfere Gangart gegenüber den polnischen Zwangsarbeiter ein. Er plädierte für ihre Einweisung in ein Lager. So wurden im Juli und August 1943 etwa 170 Polen aus Privatquartieren ausgewiesen und in das Lager der Firma Schwanert eingewiesen. Für den Platz im Lager mussten sie pro Kalendertag 1,50 RM Miete zahlen und pro Arbeitstag 0,50 RM für Verwaltungsarbeiten an die Stadtverwaltung entrichten.

Zwangsarbeiter sollten nach von Baselli von der Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. So sagte er: „Außerdem bleibt zu bedenken, ob es in der jetzigen Zeit, wo es in Deutschland von Ausländern geradezu wimmelt, ratsam ist, ausländische Zivilgefangene, die obendrein noch durch ihr P-Abzeichen für jedermann kenntlich sind, in einem derartigen körperlichen Zustande der Öffentlichkeit vorzuführen.“

Was von Baselli meinte, dürfte der unter Zwangsarbeitern verbreitete Hunger gewesen sein. So ist eine Beschwerde des Stadtbaurats aus dem Jahre 1944 bekannt. Dieser kritisierte, dass die Zwangsarbeiter im Nordosten der Stadt, auf den Rieselfeldern, das unreife Obst von den Bäumen und die Feldfrüchte aus dem Boden reißen und sofort verzehren würden. Auch der „Cottbuser Anzeiger“ vom 17. August 1944 berichtete, dass ausländische Arbeitskräfte in den Lebensmittelläden betteln würden.

Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter mussten 1944 mindestens 60 Stunden pro Woche arbeiten – in der Regel, besonders bei Focke-Wulf, noch länger. Die Tagesschicht dauerte von 6.30 bis 20.30 Uhr. Sperrstunde für Ausländer war im Sommer zwischen 22 Uhr und 5 Uhr morgens, im Winter zwischen 21 Uhr und 6 Uhr. Für „Ostarbeiter“ und Polen begann die Sperrstunde eine Stunde früher.


Der Pole
Zurawski Apollinary
geb. 22.7.16. in Strellnow/Posen.
wohnt im Cyriak-Lager ist
bei der Reichsbahn beschäftig
Cottbus, d. 11.4.45
Focke-Wulf-Flugzeugbau
Cyriaklager Cottbus
Forster Straße

Der Brief oben ist gestempelt vom Lagerführer der Focke-Wulf-Werke. Der Briefumschlag ist gestempelt (nicht abgebildet) vom Oberbürgermeister der Stadt und dem Russenlager in der Straße der SA 10. Inhalt: Der Pole XX, geb. 22.7.16. in Strellnow/Posen wohnt im Cyriak-Lager ist bei der Reichsbahn beschäftigt. 11.04.45 Cyriak-Lager Forster Straße

In Cottbus sind mindestens 160 Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und deren Kinder umgekommen. Die Todesursache reichte von Mord bis Krankheit. Im Lager geborene Kinder hatten kaum eine Chance, die ersten Tage zu überleben.

Beim Bombenangriff am 15. Februar wurden auch einige Lager zerstört. Zwei italienische Kriegsgefangene wurden beim Bombenangriff auf den Flugplatz am 11. April 1944 getötet; sieben sowjetische Gefangene starben beim Angriff am 29. Mai 1944.

Im März und April 1945 erfolgten ständig Aufrufe an die Bevölkerung, Befestigungsanlagen auszubauen. Doch den Stadtkommandanten befriedigte das Ergebnis nicht. Daraufhin wurden die noch in der Stadt befindlichen 4.385 Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen für den 2. April 1945 zum Schanzen befohlen. 2.000 von ihnen kamen, empfingen das Arbeitsgerät und gingen wieder in ihre Unterkünfte. Den Anweisungen der Bewachungskräfte folgten sie nicht mehr.

Anmerkungen und Quellen:

Als wichtigste Quelle wurde hier der Text von Jutta und Otto Rückert verwendet, die viele Fakten zu Zwangsarbeitern in Cottbus zusammen getragen haben.

Kulturlandschaft Dahme-Spreewald e.V. (Hg.) (2002): So war es. Zwangsarbeiter in Deutschland, Zeuthen.

Rückert, Jutta und Otto (1997): Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Cottbus (1939-1945) in: Niederlausitzer Studien, Heft 28, Cottbus 1997.

o.A. (2002): Zwangsarbeiter auf Spurensuche in der Lausitz, Lausitzer Rundschau (Elbe-Elster-Rundschau), 18. April 2002, S. 4.

Widerstand in und aus Cottbus

Zum Kriegsende

„Hitler das Schwein; alle Nazis müssen sterben!“ war im Oktober 1944 in Cottbus auf die Straßen und an Hauswände gemalt worden. „Laß dir deine Lebenskraft nicht aussaugen…“ stand auf Plakaten, die an Häuserwände geklebt waren. Daraufhin wurde die Hitlerjugend-Streifendienstgefolgschaft aufgefordert, sich zum „Kriegseinsatz“ zu versammeln – und die Täter mit Streifen zu stellen. So sah er also aus, der Einsatz an der Heimatfront. Ob die Täter gestellt wurden, ist nicht überliefert.

Am 20. April sollen Cottbuser Antifaschisten mit einer Volksturmeinheit „gefeiert“ haben – wahrscheinlich Hitlers Geburtstag. Nach der Feier entfernte sie die Schlösser aus den Gewehren und die Volkssturmsoldaten machten sich auf und davon, um dem Standgericht wegen „unsoldatischem Verhalten“ zu entgehen. Am Tag der Befreiung am 22. April konnten die „Blaue Brücke“ und das Elektrizitätswerk vor der Sprengung gerettet werden.



Wilhelm Bode – stiller Widerstand

Wilhelm Bode wurde am 23. April 1886 in Mühlhausen geboren und war seit 1919 Schlosser in den Zentralen Eisenbahnwerkstätten Cottbus. Dort arbeitete er in der Eisenbahnergewerkschaft wurde Mitglied des Hauptvorstandes der IG Eisenbahn gewählt. Nach 1933 hielt er Kontakt zu geflohenen Gewerkschaftern. Beim Einmarsch der Wehrmacht in die Niederlande wurden Aufzeichnungen von ihm bei verhafteten Emigranten gefunden.

Am 14. Juni 1940 wurde er in Cottbus verhaftet und wegen Hochverrat zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine Spur verliert sich im Zuchthaus Brandenburg-Göhrde. Die Nazis rächten sich auch an seinem Sohn: Dieser wurde in ein Strafbataillon an die vorderste Front versetzt und kam ums Leben. In der Dissenchener Straße 98 erinnert ein Stolperstein an ihn.

Willy Jannasch – Leiter einer Widerstandsgruppe

Willy Jannasch wurde am 3. September 1905 als ältester Sohn der Eheleute Marianne und Robert Jannasch geboren. Er besuchte die Gemeindeschule 3 in Cottbus und trat mit 14 Jahren dem „Arbeiter-Turn und Sportbund Cottbus 93“ bei. 1920 begann er eine Lehre als Modelltischler. Während seiner Ausbildungszeit organisierte er sich gewerkschaftlich im Holzarbeiterverband und in der Sozialistischen Arbeiterjugend.

1926 wurde die Firma COMAG, bei der er und andere Familienangehörigen arbeiteten, aufgelöst und Arbeit war auch in anderen Firmen nicht zu finden. So sicherte er sich ein kleines Einkommen mit dem Austragen von Werbematerialien und dem Vertrieb von Versicherungszeitschriften. Diese schwere Zeit änderte nichts an seinem politischen Engagement. So war er Mitglied der Roten Hilfe und half seinen Weggefährten in juristischen Auseinandersetzungen.

Nach der Machtübergabe an Hitler wurden die beiden Arbeiterparteien KPD und SPD, verboten. Willy Jannasch baute gemeinsam mit anderen eine antifaschistische Gruppe in Cottbus auf. Viele von ihnen kannten sich aus dem Arbeitsleben oder aus dem Arbeiterwanderbund „Naturfreunde – Rotes N“. Jannasch war Leiter der Gruppe, der zeitweise 28 Personen angehörten.

Als erstes bauten sie die „Rote Hilfe“ in Cottbus wieder auf. Sie sammelten Geld, Kleidung und Lebensmittel, organisierten Solidaritätsaktionen an denen auch parteilose Hitlergegner und Sozialdemokraten teilnahmen. Sie stellten Materialien zusammen, in denen sie über Verhaftungen, Folter und Verurteilungen der Mitglieder in der Cottbuser Widerstandsgruppe um Helene Kirsch und Walter Wagner aufklärten. Den Cottbusern sollte auf diese Wege das wahre Gesicht des Hitlerfaschismus vorgeführt werden.

Bis 1935 gelang es der Gruppe um Jannasch Berichte aus Cottbuser Betrieben in die Tschechoslowakai zu bringen und illegale Zeitungen nach Deutschland zu schmuggeln. Darunter waren Zeitungen wie „Der Textilarbeiter“, „Inprekorr“, „Die Rote Fahne“ und „Die junge Garde“. Bis Januar 1936 wurden diese Zeitungen in Cottbus verteilt.

Dann wurden die Nazis erstmals auf die Gruppe aufmerksam. Einige Cottbuser, die Zeitungen in ihrem Briefkasten fanden, meldeten dies bei der Geheimen Staatspolizei (Gestapo). Durch Verrat wurde der aktive Kern der Widerstandsgruppe im Januar 1936 verhaftet. Bis März waren Willy Jannasch und seine Genossen in Cottbus und anschließend bis Mai in Berlin in Gerichtsgefängnissen inhaftiert. Bei den Verhören wurden sie regelmäßig gefoltert.

Die Hauptverhandlung fand im Juni 1936 im Berliner Kammergericht vor dem 5. Strafsenat statt. Die Anklage lautete auf „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“. Nach nur zwei Verhandlungstagen wurde das Urteil verkündet: Vier Jahre und sechs Monate Zuchthaus für Willy Jannasch.

Am 30. September 1938 starb Willy Jannasch im Zuchthaus Brandenburg-Görden an den Folgen schwerer Misshandlungen durch die Gestapo. Der Leichnam wurde von Willy's Vater nach Cottbus überführt und auf dem Südfriedhof beigesetzt. Ein

Stolperstein für Willy Jannasch befindet sich in der Gartenstraße 73.



Willy Budich – Geflohen vor den Nazis – von Sowjets ermordet

Willy Budich wurde am 16. April 1890 in Cottbus als Sohn der Wirtsleute Christian und Anna-Pauline Budich geboren. Cottbus war damals eine aufstrebende Stadt und begann sich wirtschaftlich gut zu entwickeln. Besonders die Tuch- und Braunkohlenindustrie wuchsen rasch und immer mehr Menschen kamen auf der Suche nach Arbeit. Willy Budichs Eltern gehörten dazu. Sie stammten aus sorbisch-bäuerlichen Verhältnissen und erwarben in der Bahnhofstraße eine Schankwirtschaft, das Café Victoria.

Bildung spielte im Hause Budich eine große Rolle. So wurde der junge Willy an der Städtischen Realschule im damaligen Kaiser-Wilhelm-Gymnasium unterrichtet. Nach Abschluss der Tertia begann er eine Maschinenschlosserlehre in der Maschinenfabrik Emil Pauna & August Knorkstedt. Nach seinem 19. Geburtstag im April 1909 schrieb er sich für ein Studium am Technikum für Maschinenbau in Mittweida ein.

Nach dem Tod seines Vaters zog er mit seiner Mutter nach Berlin, wo beide eine Arbeit aufnahmen. Es dauerte nicht lange, bis er sich der revolutionären Arbeiterbewegung anschloss. Sein Kampf gegen den deutschen Imperialismus und für den proletarischen Internationalismus führte ihn an die Seite von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Neben ihnen war auch Willy Budich Mitglied des Spartakusbundes.



Budich wurde während der Novemberrevolution die Agitationsarbeit unter den Soldaten übertragen. Als sich die SPD-Führung gegen die Revolution stellte, schuf der Spartakusbund den Roten Soldatenbund (RGB) und Willy Budich wurde dessen Leiter. Um Blutvergießen während der Revolution zu verhindern, organsierte er verstärkt Versammlungen unter den Soldaten, um mit ihnen in Diskussion zu kommen.

Während Budich mit rund 2.000 Frontsoldaten durch die Berliner Innenstadt demonstriert, wird die Menge beschossen. 14 Demoteilnehmer werden getötet und 30 schwer verletzt – unter ihnen Willy Budich. Es dauerte Wochen bis er wieder halbwegs genesen war.

Als die Revolution in Deutschland niedergeschlagen wurde, ging Budich ins Ausland. Er wurde Mitarbeiter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Mitglied der KPdSU und Leiter der Handelsvertretung der jungen Sowjetmacht in Wien. 1929 kehrt er nach Deutschland zurück, übernimmt verschiedene Aufgaben innerhalb der KPD und 1932 wird er Reichstagsabgeordneter.

Im letzten Jahr der Weimarer Republik widmet er sich dem Kampf gegen den Faschismus. Nach der Machtübergabe an Hitler wird er verhaftet und von SA- und SS-Truppen zum Krüppel gefoltert. Mit Hilfe von Freunden gelang ihm dennoch die Flucht in die Sowjetunion, wo er in einem Genesungsheim gepflegt wurde. 1936 wird er in der Sowjetunion unter falschen Anschuldigungen inhaftiert. Am 22. März 1938 wurde Willi Budich in Moskau zum Tode verurteilt und am gleichen Tag erschossen. Im Jahre 1955 wurde er vom Obersten Gericht der UdSSR rehalilitiert.

Paul Hornick – über Spanien und die Sowjetunion zurück in die Lausitz



Paul Hornick wurde am 18. September 1898 in Forst (Lausitz) als Sohn einer Textilarbeiterin geboren.

Im Jahr 1916 beendete er eine Lehre zum Stuckateur und in dieser Zeit hatte er erste Kontakte zur sozialistischen Jugendbewegung. Nach Abschluss seiner Ausbildung wurde er zum Militärdienst eingezogen und an die Westfront geschickt. Wie bei vielen anderen verstärkten sich durch die Kriegserlebnisse seine Sympathien für die revolutionäre Arbeiterbewegung.

Nach einer Verwundung flüchtete er im Juli 1918 aus dem Lazarett. Auf dem Weg nach Wilhelmshaven, wo er sich den revolutionären Matrosen anschließen wollte, wurde er allerdings entdeckt und in ein Berliner

Militärgefängnis gebracht. Die Novemberrevolution brachte ihm die Freiheit, und er schloss sich sofort der Volksmarinedivision an, die auf der Seite der revolutionären Arbeiter stand.

Im Dezember 1918 kehrte er wieder in seine Heimatstadt zurück, wo sich ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet hatte. Wieder nach Forst zurückgekehrt, baute er dort eine Gruppe der Freien Sozialistischen Jugend. Im Juni 1919 schloss sich diese Organisation der Ende 1918 gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) an. Als im Jahr 1920 der General Walther von Lüttwitz mit der „Nationalen Vereinigung“ von Wolfgang Kapp einen Putsch gegen die Reichsregierung anzettelten, half Paul Hornick als Mitglied des Arbeitervollzugsrats in Forst, dass die demokratischen Errungenschaften der Novemberrevolution gesichert werden konnten.

Als sich in der Weimarer Republik die nationalistischen Kräfte sammelten und immer offener ihre politischen Gegner verfolgten, beschloss die Führung der KPD, den Roten Frontkämpferbund (RFB) zu gründen. Dieser Organisation gehörten Kommunisten, Parteilose und Mitglieder anderer Parteien an. Hornick erhielt 1925 den Auftrag, beim Aufbau des RFB in Berlin und Brandenburg zu helfen. 1927 wurde Hornick in die Bundesführung des RFB gewählt.

Bei den Reichstagswahlen im September 1930 wurde Hornick in das oberste Parlament gewählt. In seiner Funktion als Abgeordneter trat er für die Einheitsfront von Kommunisten und Sozialdemokraten ein, um der stärker werdenden faschistischen Bewegung Widerstand entgegen zu stellen.

Nach der Machtübergabe an Hitler war auch Hornick gezwungen, in die Illegalität zu gehen. Doch der Verfolgungsdruck war zu groß, und so wurde er im Juli 1933 verhaftet. Er saß zwei Jahre im KZ Columbia-Haus in Berlin ein. Nachdem er aus der Haft entlassen wurde, emigrierte er nach Belgien und arbeitete von dort im Widerstand gegen die Nazis.

Als am 18. Juli 1936 Teile der spanischen Armee unter General Franco gegen die demokratische Regierung putschte und die Hitlerregierung diesen offen unterstützte, rief die KPD-Führung auf, die legitime Regierung von Spanien auch mit militärischen Mittel beizustehen. Im Juli 1937 reiste Hornick nach Spanien und kämpfte bei der Internationalen Brigade. Von Januar bis März 1938 übernahm er das Kommando über das Bataillon „Ernst Thälmann“.



Nach dreijährigem Kampf gegen die Franco-Faschisten mussten die Interbrigadisten Spanien verlassen. Von den 5.000 Deutschen, die in Spanien für die Demokratie kämpften, ließen über 3.000 ihr Leben. Paul Hornick, der im Februar 1939 das Land verließ, wurde anschließend in verschiedenen französischen Lagern interniert – bis 1943. Von französischen Soldaten wurde er mit seinen Mitgefangenen in das französische Konzentrationslager Djelfa in Nordafrika verschifft, wo er dann von englischen Soldaten befreit wurde.

Sein weiterer Weg führte ihn in die Sowjetunion – über Ägypten, Palästina, Irak und Iran. Als gelernter Bauarbeiter beteiligte er sich dort am Wiederaufbau des zerstörten Landes. Erst im Sommer 1956 kehrte er nach Deutschland zurück.

In die DDR zurückgekehrt, übernahm er Aufgaben in Politik und Wirtschaft. Als das Kraftwerk Schwarze Pumpe errichtet wurde, war er in der Werkleitung tätig. 1958 wurde er in die Bezirksleitung der SED gewählt.

Am 8. September 1964 verstarb Hornick an den Folgen einer schweren Krankheit. In Cottbus wurde eine Straße nach ihm benannt. Nach der Wende 1989/90 wurde die Straße 1991 umbenannt. Sie trägt seitdem den Namen des Dichters Hermann Löns, der sich vor allem antisemitisch und völkisch-nationalistisch geäußert hatte.

Adolphe Low – letzter Spanienkämpfer aus Cottbus

Am 21. Juli 1915 als Adolf Löw in Cottbus geboren, wuchs Adolphe Low in einem jüdischen Elternhaus mit fünf älteren Geschwistern in Berlin auf. Er kam sehr früh mit der jüdischen antifaschistischen Jugendbewegung in Kontakt und trat dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands, der Jugendorganisation der KPD bei. Im Alter von 16 Jahren wurde Adolphe Low das erste Mal im Polizeigefängnis am Alex inhaftiert, weil er an einer illegalen Versammlung jüdischer Antifaschisten aus Polen teilgenommen hatte.

Er entschloss sich, Hitlerdeutschland zu verlassen, als sein Elternhaus durchsucht wurde und er erneut verhaftet werden sollte. Seine Eltern und auch eine Schwester wurden später nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.

In Frankreich wurde er als illegaler Emigrant von der französischen Polizei und Behörden verfolgt, kam er mit seinem letzten Geld nach Paris und fand Aufnahme in einem jüdischen Asyl. Er wurde einige Male von der Polizei verhaftet und des Landes verwiesen, kehrte jedoch immer wieder nach Paris zurück und fand Anstellung in einer jüdischen Kantine.

1936 hörte der junge, deutsche Antifaschist in Paris die Rede von Do-

lores Ibarurri vor 50.000 Menschen, eine flammende Rede (bekannt auch als „La Passionaria“), in der sie zur Verteidigung der Spanischen Republik aufrief. Dies beeindruckte den 21-jährigen Adolphe Low so sehr, dass er sich den Internationalen Brigaden anschloss.

Im Oktober desselben Jahres setze er auf einem alten Kohlendampfer nach Alicante über und kämpfte in der XI. Internationalen Brigade. Sein Kompanieführer war Heinz Hoffmann, der spätere Verteidigungsminister der DDR. In der Nacht begann der erste Angriff der Franquisten, bei dem dera junge Belgier, mit dem sich Adolphe bei der Überfahrt angefreundet hatte und der in der gleichen Einheit wie er kämpfte, einen Bauchschuss erlitt und in den Armen Adolphe Lows verstarb. Von den 600 Interbrigadisten, mit denen Adolphe nach Alicante eingeschifft wurde, überlebten nur 20.



Adolphe Low (stehend) bei den Interbrigadisten

Nach dem Ende des Spanischen Bürgerkrieges wurde er nicht in einem Lager interniert, sondern konnte aufgrund seiner guten französischen Sprachkenntnisse als „Franzose“ nach Paris entkommen. 1940 wurde er in die Fremdenlegion nach Algerien eingeschifft.

Ab 1943 kämpfte er in der Résistance. Adolphe Low flüchtete in das französische Guéret (Département Creuse) und war einer der ersten Kämpfer der Partisanen dort. Seine militärischen Kenntnisse und Leistungen befähigten ihn sehr schnell, zum Offizier und später auch zum Kommandanten einer Kompanie in der Résistance befördert zu werden. Adolphe Low war beispielsweise an der Sprengung der deutschen Kommandantur in Creuse beteiligt und hatte auch eine entscheidende Rolle bei der Befreiung von Guéret am 7. Juni 1944.

Am 8. Mai 1945 erhielt der staatenlose Adolphe Low die französische Staatsbürgerschaft durch einen persönlichen Erlass von General Charles de Gaulle. Adolphe Low kehrte nach dem Krieg, auf Einladung des Verbands der Verfolgten des Naziregimes, nur einmal in das Nachkriegsdeutschland zurück – genauer Berlin. Er verstarb am 11. November 2012 in Strasbourg.

Georg Dix – geehrt und vergessen

Georg Dix wurde am 17. Januar 1897 in Drebkau geboren. Der Vater arbeitete als Schneidergeselle. Nach seiner Lehre zum Tischler absolvierte Georg Dix seinen Militärdienst im I. Weltkrieg bei der Marine. Begeistert von der Oktoberrevolution engagierte er sich 1918 für die Revolution in Deutschland und wurde in den Soldatenrat der Stadt Emden von 1918 bis Juni 1919 gewählt. In diesem Jahr trat er der USPD bei und nahm an den bewaffneten Kämpfen teil. 1920 wurde er Gewerkschaftsmitglied im „Einheitsverband der Eisenbahner“. Mehrere Jahre wirkte er als Betriebsratsvorsitzender. Im Jahr 1923 trat er in die KPD ein. Er gründete mit anderen Genossen die Ortsgruppe der KPD in Cottbus-Ströbitz. Als Mitglied der Gemeindeverwaltung und der Unterbezirksleitung der KPD entwickelte Georg Dix vielfältige Initiativen in der politischen Arbeit. 1926 bis 1930 gehörte er dem Betriebsrat der Eisenbahndirektion Halle an. 1933 verschleppten ihn die Nazis in das KZ Sonnenburg (heute Słosk, Polen). Wieder entlassen suchte er unter Polizeiaufsicht dennoch Kontakt zu Genossen und beteiligte sich in der Gruppe um Willy Jannasch am Widerstandskampf. Im Januar 1936 flog die Gruppe auf. Georg Dix wurde im Juni 1936 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Zuchthaus Brandenburg-Görden musste er aber acht Jahre Haft durchleiden. Am 1. Februar 1944 zogen ihn die Faschisten in das Strafbataillon 999 ein. Im März 1945 kam er in sowjetische Gefangenschaft.

Am 10. Oktober desselben Jahres konnte er nach Cottbus zurückkehren. Er wurde von den sowjetischen Behörden als Kreisrat beim Rat des Kreises Cottbus-Land eingesetzt. Er starb am 13. Dezember 1967. 1969 wurde eine neue Straße in Sandow nach ihm benannt, die 1991 nach dem alten Straßenzug Sanzebergstraße umbenannt wurde.

Ergänzungen

Nachtrag zu Heinz Reinefarth:

2013 erhielt laut NDR-Fernsehen der SPD-Mann Ernst-Wilhelm Stojan auf seine Nachfrage, wie es sein konnte, dass der „Henker von Warschau" Bürgermeister werden konnten den Rat, die alten Geschichten endlich ruhen zu lassen. Die Inselhistorikerin Silke von Bremen sah das Anfang Mai 2014 in einer Sitzung des Kulturausschusses anders. Sie initiierte eine tiefer gehende öffentliche Auseinandersetzung der Westerländer mit den Taten Reinefarths, mit der Geschichte und mit der gescheiterten Entnazifizierung in Schleswig-Holstein in den 50er Jahren. Der Landtag hat dafür 300.000 Euro bereitgestellt und rechnet mit einem Ergebnis in 2017.
Anlässlich des 70. Jahrestages des Warschauer Aufstandes im August 2014 gedachte der Sylter Landtag einstimmig der Opfer und benannte Heinz Reinefarth erstmals als Kriegsverbrecher wegen seiner Mordbrennerei bei der Niederschlagung des Aufstands. Am Sylter Rathaus hängt seitdem eine Gedenktafel, die diese Zusammenhänge offenbart.

Ergänzung Unternehmen Cottbus:

Das Bundesarchiv-Militärarchiv teilte auf Nachfrage mit: Decknamen wurden nicht nur für militärische Operationen verwendet sondern auch für staatliche Behörden des Dritten Reiches einschließlich Polizei und Reichsarbeitsdienst. Sie wurden willkürlich festgesetzt und dem zeitgenössischen Schriftgut entnommen, um einerseits kurze Bezeichnungen zu verwenden und andererseits Operationen und Dienststellen ausreichend gegenüber dem Gegner und Außenstehende zu tarnen. Gleichwohl gibt es auch Tarnnamen, die eine Affinität zur Realität aufweisen wie z.B. „Bananen" für den SS-Einsatzstab für Westafrika (1942).
Für das „Unternehmen Cottbus" sind in der mir vorliegenden Literatur keine Zusammenhänge mit dem Ort als solchen erkennbar.

Weitere Quellen:

Ebert, Rolf (2005): Die Ereignisse im April 1945 in Lübben in den Erinnerungen von Zeitzeugen, Lübbener Reihe Nr. 1, Regia Verlag, Cottbus.

Eichholtz, Dieter (1993): Brandenburg in der NS-Zeit, Brandenburgische Zentrale für politische Bildung, Volk und Feld, Potsdam.

Kasper, M., Scholta, J. (1960): Aus den Akten nazistischer Wendenpolitik, Domowina Verlag, Bautzen.
Lehman, Herbert (2007): Am Kreuze scheiden sich die Geister, Cottbuser Blätter, Sonderheft 2008, Regia Verlag, Cottbus

Neitmann, Klaus (2002): Zwangsarbeit während der NS- Zeit in Berlin und Brandenburg. Formen, Funktion und Rezeption, Verlag Berlin Brandenburg.

Posner, Dr. Rabbi (1908): Geschichte der Juden in Cottbus, Verlag Albert Heine, Cottbus.
Stadtarchiv Cottbus: StA Cottbus All, 7.1., Nr. 13

Stadtgeschichtliche Sammlungen (2003): Chronik zur Geschichte der Stadt Cottbus, Cottbuser Blätter, Sonderheft 2002, Regia Verlag, Cottbus.

Weiß, Hermann (2002): Personenlexikon 1933-1945, tosa Verlag, Frankfurt am Main

Wierick, Conny (2008): Skalpell und Vaterunser. Der Cottbuser Orthopäde Dr. Steinhäuser, Regia Verlag, Cottbus.

Impressum:

Cottbus befreit!
Täter, Opfer, Widerstand im 3. Reich
vom 22. April 2015

Autoren:
Daniel Häfner und Bernd Müller

Auflage:
1.500 Stück, Selbstverlag

Der Druck wurde durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt.

Wir danken den Menschen, die uns bei dieser Broschüre unterstützt haben durch Recherche, Ideen, Ausdauer, grafische Gestaltung, Geduld, Kontakte und Finanzen. Und wir danken den Menschen, die die Erinnerung wach halten durch Recherchen, Stolpersteine, Ausstellungen und Demonstrationen. Niemals wieder! Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

70 Jahre · 22. April 1945 · Cottbus befreit!

Wir wollen auf den 22. April 1945 für Cottbus hinweisen und die Erinnerung daran wachhalten. An diesem Tag gelang es der Roten Armee, Truppen der Wehrmacht, des Volkssturms und der SS aus der Stadt zu drängen. Für die verbliebenen Bewohner von Cottbus, aber auch für die vielen Zwangsarbeiter, die damals in Cottbus gefangen gehalten wurden, war damit der Krieg vorbei. Und mehr: Es war für sie eine Befreiung!

Das Bündnis „Cottbus befreit“ setzt sich zusammen aus verschiedenen Gruppen, Parteien und Einzelpersonen. Mit verschiedenen Aktionen zwischen dem 22. April und dem 08. Mai will das Bündnis darauf hinweisen, dass es in Cottbus – wie in jeder anderen Stadt Deutschlands auch – Täter, Opfer und auch Widerstand gab.

Juden, Kommunisten und andere, die mit dem faschistischen Regime nicht konform gingen, wurden auch in Cottbus verfolgt. Die Täter hatten hier ihren Dienstsitz, und die meisten von ihnen wohnten auch hier. Was in den Jahren von 1933 bis 1945 in Cottbus geschehen ist, soll nicht vergessen werden. Als Bündnis wollen wir auf Schicksale hinweisen: Täter und Opfer hatten Namen und Adressen. Wir wollen darauf hinweisen, was aus diesen Menschen wurde.

Tausende Zwangsarbeiter waren in zahlreichen Lagern in und um Cottbus untergebracht, und sie arbeiteten neben Deutschen in der Cottbuser Rüstungsindustrie. Auch ihr Schicksal darf nicht in Vergessenheit geraten. Viele starben hier und andere warten auch heute noch auf ihre Entschädigung.

Am 22. April 1945 war der Krieg in Cottbus aus und gut zwei Wochen später – am 8. Mai – kapitulierte die Wehrmacht bedingungslos. Seitdem gilt der 8. Mai als Tag der Befreiung, worauf auch der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker hinwies.

Natürlich ist dieser Begriff schwierig, denn diese „Befreiung“ führte ja nicht zu einem Leben in vollständiger Freiheit und Gleichheit. Dennoch ist das der richtige Begriff, weil „Kriegsende“ zu schwach klingt, um den Umbruch zu beschreiben, der geschah – und das Ende des Leidens von Millionen.

Die Menschen wurden befreit von einem unmenschlichen und verbrecherischen System. Dafür starben Millionen Menschen – das Bündnis „Cottbus befreit“ will sie ehren und ihr Opfer in Erinnerung halten.

8. MAI 1945
TAG DER BEFREIUNG
СПАСИБО!
70

cottbusbefreit.blogsport.de · facebook.com/cottbusbefreit